

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: **Joh. Schorm.**
Redaktion und Expedition: **Stuttgart, Röhlestraße Nr. 16 b.**
Telephonruf Nr. 8992.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonelzeile ober deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1902. (Schluß.)

In der untenstehenden Tabelle finden die Leser noch eine Zusammenstellung gemacht über die Einnahmen, welche in besonderen Klassen vorhanden waren, die von den Zentralvorständen verwaltet, jedoch von der Klasse des Verbandes getrennt gehalten sind. Auch diese Einnahmen wären, weil gewerkschaftlichen Zwecken dienend, der Gesamteinnahme hinzuzuzählen.

Es ergibt sich dann ein überaus erfreuliches Bild der finanziellen Entwicklung der Gewerkschaften, um so erfreulicher, als die Finanzen der Organisationen vor einem Jahrzehnt noch recht schlecht bestellt waren.

Buchdrucker (Invalidentafel in Liquidation)	Mk. 20075
Fabrikarbeiter (Streifonds)	40522
Gastwirtsgehilfen (Preßfonds)	764
Hutmacher (Kranken-, Invaliden- und Frauensterbekasse Lagerhalter (Preßfonds)	32167
Massenre (Sterbekasse)	38
Rotenstecher (Unterstützungsfonds für Winderjährige)	128
Schuhmacher (Arbeitslosen- u. Krankenunterstützungskasse)	432
Steinfeger (Sterbeunterstützungsfonds)	17000
Tabakarbeiter (Krankentafel)	15663
Zimmerer (Streifonds)	38858
Summa	Mk. 308114

In den Jahren, auf welche sich die Statistik der Generalkommission erstreckt, hatten die Verbände eine Gesamteinnahme von 62 287 743 Mk. und eine Gesamtausgabe von 55 254 1 Mk. In den einzelnen Jahren vereinnahmten:

Jahr	Organisationen	Mk.
1891	49	1116588
1892	46	2081922
1893	44	2246386
1894	41	2685564
1895	47	3036803
1896	49	3616444
1897	51	4083696
1898	57	5508667
1899	55	7687154
1900	58	9454076
1901	56	9722720
1902	60	11097744
Summa		Mk. 62287734

Es verausgabten:

Jahr	Organisationen	Mk.
1891	47	1806543
1892	50	1786271
1893	44	2036025
1894	44	2135606
1895	48	2488015
1896	50	3323713
1897	52	3542807
1898	57	4279726
1899	55	6450876
1900	58	8088021
1901	56	8967168
1902	60	10253559
Summa		Mk. 55254131

Um rund 10 Millionen Mark war die Einnahme der Verbände im Jahre 1902 höher als im Jahre 1891. und die Ausgabe steigerte sich um rund 9 1/2 Millionen Mark. Die Organisationen waren bemüht, die Mitglieder zur Leistung höherer Beiträge zu erziehen, weil ohne Leistung keine Gegenleistung erfolgen. Und dieses ist ihnen, wie an anderer Stelle nachgewiesen wird, auch gelungen.

Im Jahre 1891 hatten 80 Prozent der Verbände einen Wochenbeitrag von weniger als 20 Pf., im Jahre 1902 aber haben nur 10 Prozent der Organisationen einen solchen Beitrag.

Infolgedessen konnten die Organisationen auch ihren Mitgliedern, insbesondere in bezug auf Unterstützungen, von Jahr zu Jahr mehr bieten.

Einen näheren Ausweis hierüber enthält die nun zum Abdruck gelangende Tabelle:

Es verausgabten die Gewerkschaften für:

Jahr	Rechts- schutz	Gewerkschafts- unterstützung	Reiseunter- stützung	Arbeits- losenunter- stützung	Kranken- unter- stützung	Invaliden- unter- stützung
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1891	10843	14737	144338	64290	—	—
1892	9705	236964	382607	357087	—	21972
1893	12542	28331	328748	220926	304648	—
1894	12902	14630	350455	239750	425489	—
1895	15871	40307	302603	196912	454114	—
1896	18349	37346	310000	243201	430088	57947
1897	30147	30973	289086	260816	454494	68088
1898	48378	39978	283267	275404	491894	79587
1899	54752	55485	313391	304677	652926	91524
1900	68486	97092	461028	501078	656026	113530
1901	89705	186173	607127	1238197	772687	130941
1902	98485	250661	709778	1593022	793878	154398
Summa	460165	1044617	4462578	5494860	5435733	717987

Jahr	Beihilfe in Not- u. Sterbe- fällen	Zusammen	Verbands- organ	Zusammen Unterstütz- ungen u. Ver- bandsorgan	Streif- unterstützung
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1891	—	234208	154015	388228	1087789
1892	25284	1033619	285475	1319094	44948
1893	41762	936947	292157	1229104	65356
1894	41744	1084970	265957	1350927	188980
1895	42080	1051887	274398	1326285	259589
1896	53837	1150718	302708	1513426	944372
1897	64906	1197980	489259	1637219	881758
1898	78419	1291667	518949	1810616	1073290
1899	131484	1604088	603559	2207647	2121918
1900	205459	2102699	713888	2816087	2825642
1901	194668	3231398	782737	4014135	1878792
1902	250129	3845351	798480	4643831	1980329
Summa	1129772	18765512	5491032	24256544	13046758

* Für 1891 sind diese Ausgaben in der Statistik nicht geführt und bis 1898 ist die Invalidenunterstützung nicht getrennt berechnet, sondern in der Ausgabe für Krankenunterstützung enthalten.

Die Ausgabe für Gemafregelten, Reise- und Arbeitslosenunterstützung ist im Jahre 1902 wiederum beträchtlich in die Höhe gegangen. Die erstere stieg gegenüber 1901 von 198173 Mk. auf 250661 Mk., die Reiseunterstützung von 607121 Mk. auf 709778 Mk., die Arbeitslosenunterstützung von 1238197 Mk. auf 1593022 Mk. Für diese drei Unterstützungen, deren Steigerung ein Zeichen ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur ist, mußten die Gewerkschaften im Jahre 1902 509964 Mk. mehr ausgeben als im Jahre 1901, 1879958 Mk. mehr als im Jahre 1899.

Diese Mehrausgabe ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß seit 1899 auch der 1902 in der Statistik geführten Organisationen, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, in der Statistik von 1899 teils noch nicht geführt waren oder seitdem die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, sondern die Ausgabe pro Kopf der Mitglieder ist, wie die betreffende Tabelle ausweist, gegenüber dem Vorjahr für diesen Unterstützungsweig beträchtlich gewachsen. Bei den Bildhauern von 19,72 Mk. auf 23,57 Mk., den Buchdruckern von 16,59 Mk. auf 17,70 Mk., den Formstechern von 1,97 Mk. auf 8,58 Mk., den Glasarbeitern von 2,03 Mk. auf 5,63 Mk., den Hutmachern von 4,99 Mk. auf 6,81 Mk. u. s. w. Einen nennenswerten Rückgang in der Belastung der Mitglieder mit dieser Ausgabe können nur die Handschuhmacher verzeichnen, bei denen diese Ausgabe von 20,60 Mk. auf 16,18 Mk. pro Kopf der Mitglieder zurückging. Die wirtschaftliche Depression belastet die Arbeiter nicht nur im allgemeinen, sondern die Mitglieder der Gewerkschaften im besonderen. Diese müssen die Opfer eines widerwärtigen Produktionsystems vor der Verelendung bewahren und sich selbst dabei die größten Opfer auferlegen.

Diese Opfer sind gebracht worden, und diesem Eintreten der Mitglieder für ihre Organisation und ihre arbeitslosen Genossen ist es zu danken, daß die Gewerkschaften nicht nur in der Gesamtheit keinen Rückgang, sondern noch eine Erhöhung ihres Vermögensstandes konstatieren können. Sowohl absolut als auch pro Kopf der Mitglieder berechnet, ist der Kassenbestand in den meisten Gewerkschaften gestiegen. Selbst die Bildhauer konnten trotz der Belastung von 23,57 Mk. pro Kopf durch Ausgabe von Arbeitslosenunterstützung ihren Vermögensstand von 5,64 Mk. im Jahre 1901 auf 6,96 Mk. im Jahre 1902 pro Kopf der Mitglieder erhöhen. Hier mußten die Mitglieder Beiträge von ganz enormer Höhe leisten, um die Widerstandsfähigkeit der Organisation zu erhalten.

Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder betrug:

Berufe	1897	1898	1899	1900	1901	1902
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1 Bäder	—	—	—	—	—	0,07
2 Bildhauer	10,04	9,38	8,97	10,21	19,72	23,57
3 Brauer	0,49	0,94	1,25	1,06	2,02	1,80
4 Buchbinder	2,28	2,24	1,79	1,76	3,79	3,57
5 Buchdrucker	5,81	5,89	6,04	9,26	16,59	17,70
6 Buchdrucker (Hf.-Lothr.)	—	—	—	—	—	4,34
7 Buchdruckerhilfsarbeiter	—	—	0,23	0,64	1,47	3,20
8 Formstecher	—	—	—	—	1,97	8,58
9 Glasarbeiter	1,10	1,13	1,45	0,67	2,03	5,63
10 Glaser	0,60	0,39	0,74	1,18	2,63	2,76
11 Graveure	0,63	1,31	0,74	1,09	3,05	2,49
12 Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter	—	28	0,32	0,27	0,63	0,82
13 Handlungsgehilfen	—	—	—	0,06	0,30	0,24
14 Handschuhmacher	1,72	2,48	2,20	3,71	20,60	16,18
15 Hutmacher	7,07	5,29	5,65	4,48	4,99	6,50
16 Konditoren	0,54	1,19	1,86	2,23	4,40	4,23
17 Kupferschmiede	1,33	2,72	2,44	3,37	7,04	9,57
18 Lederarbeiter	0,28	0,31	1,15	1,31	0,93	0,90
19 Lithographen u. Steindruck- er	—	—	1,85	2,62	4,01	7,07
20 Maschinisten	—	—	—	—	—	0,93
21 Metallarbeiter	—	—	—	0,50	3,03	2,84
22 Müller	—	—	—	—	—	10,33
23 Notenschreiber	—	—	—	—	—	0,52
24 Porzellanarbeiter	3,87	3,77	2,84	4,91	6,83	6,08
25 Schmiede	—	—	0,24	0,30	2,20	2,96
26 Zigarrenfabrikanten	3,91	4,59	4,28	5,55	10,75	10,45

* Und Arbeitslosenunterstützung. † Nur für zwei Quartale; wird erst seit 2. Juli 1902 gezahlt.

Die Zahl der Organisationen, die einen geringfügigen Beitrag von den Mitgliedern erheben, hat sich im letzten Jahre wiederum verringert. Im Jahre 1901 hatten noch 4 Organisationen, gleich 7 Prozent, einen Beitrag von weniger als 15 Pf. pro Woche, und 11 Organisationen, gleich 19 Prozent, von weniger als 20 Pf. Im Jahre 1902 ist von den ersteren nur noch eine Organisation und von den letzteren nur noch 6 Organisationen, gleich 10 Prozent, vorhanden. Diese ständige Steigerung der Beitragsleistung läßt die sich auf die Jahre 1891 bis 1902 erstreckende letzte Tabelle erkennen.

Jahr	Die Beiträge höher als ange- geben für die Organisation	Davon hatten einen Beitrag		
		unter 15 Pf.	unter 20 Pf.	
	Zahl	in Proz.	Zahl	in Proz.
1891	86	14	29	80
1892	89	11	28	74
1893	43	12	28	70
1894	44	13	30	60
1895	48	9	21	58
1896	44	10	23	59
1897	52	9	17	42
1898	55	8	15	31
1899	55	6	11	27
1900	58	6	10	27
1901	57	4	7	19
1902	60	1	2	10

Man kann wohl sagen, daß sich in dieser Tabelle ein Stück mühevoller Agitationsarbeit widerspiegelt. Die in der Organisation Tätigen wissen, wie schwer es war, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß nur mit einem angemessenen Beitrag die Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen und zur Anerkennung seitens der Unternehmer kommen können. Vor einigen Jahren noch kostete es harte Kämpfe auf den Generalversammlungen, um eine Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Woche zu erreichen. Wenn wir auch keineswegs sagen wollen, daß die heute bei den meisten Verbänden gezahlten Beiträge ausreichend wären, so ist doch eines zu konstatieren, nämlich, daß die Ansicht verschwunden ist, mit niedrigen Beiträgen ließen sich die Massen der Arbeiter zur Organisation heranziehen.

Die Lehren, welche die alljährlich veröffentlichten Statistiken gerade nach dieser Richtung hin boten, haben nicht wenig dazu beigetragen, die falsche Ansicht über die hohen Beiträge zu beseitigen.

Desgleichen ist auch die Meinung, daß ausgedehnte Unterstützungsanstalten den Gewerkschaften nicht förderlich oder doch geeignet seien, den Kampfescharakter der Organisationen herabzumindern, heute nur noch ganz vereinzelt zu finden. Noch im Jahre 1897 hatten nur 14 Organisationen die Arbeitslosenunterstützung, im Jahre 1901 waren deren 21 und im Jahre 1902 26. Es sind in diesem Jahre allerdings 2 Organisationen (Buchdrucker Elsaß-Lothringen und Notenschreiber) neu in der Statistik geführt, so daß drei der bisher an die Generalkommission angeschlossenen Verbände diese Unterstützung im letzten Jahre eingeführt respektive zur Auszahlung gebracht haben. Die Zahl der Krankenunterstützung zahlenden Organisationen stieg von 10 im Jahre 1901 auf 18 (einschließlich der zwei neu hinzugegetretenen Verbände) im Jahre 1902. Als Invalidenunterstützung zahlend ist, abgesehen von den letzteren beiden Organisationen, der Verband der Handschuhmacher neugeführt, während der Verband der Hutmacher in dieser Rubrik der Tabelle nicht mehr verzeichnet ist. In diesem Verband ist die Invalidenunterstützung eine besondere Einrichtung geworden, der beizutreten die Mitglieder nicht verpflichtet sind.

Erwähnenswert ist noch, daß die Gesamtauflage der Gewerkschaftsblätter von 777094 im Jahre 1901 auf 816490 im Jahre 1902 stieg.

So bietet diese Statistik einen erfreulichen Beweis für den Vormarsch unserer Organisationen, der auch durch die Wirtschaftskrise nicht aufgehalten werden konnte.

Der gesetzliche Zehntudentag.

Die Ergebnisse der im Jahre 1902 von den preussischen Fabrikinspektoren gemachten Erhebungen über die Arbeitszeitverhältnisse in allen jenen, den Arbeiterschutzvorschriften unterstellten Betrieben, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind, sind jüngst in einem besonderen, fast 400 Seiten umfassenden Berichtsband veröffentlicht worden. Die Ergebnisse sind in 23 Sonderberichten der Gewerbeinspektionen und 33 solcher der Bergrevierbeamten dargestellt. Es wäre naheliegend und eigentlich selbstverständlich gewesen, eine die Einzelergebnisse zusammenfassende übersichtliche Gesamtdarstellung zu geben, allein dazu konnte sich die Bureauratie im preussischen Handelsministerium nicht entschließen. Will man einen Gesamtüberblick erlangen, so hat man das zweifelhaftes Vergnügen, eine mühevoll

zeitraubende Arbeit zu verrichten, die erst nirgends recht stimmt, so daß man sich aus den Berichten die erläuternden Bemerkungen zusammensuchen muß. Dieselben lassen übrigens eine sehr merkwürdige Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit der Arbeitszeitverhältnisse in den gleichen Betrieben erkennen. So wird zu der Tabelle des Doppelner Berichtes, in dem die Einzelangaben mit den Gesamtsummen nicht stimmen, bemerkt, daß in einigen Fällen in ein und demselben Betrieb Arbeiterinnen verschiedene Arbeitszeiten hatten, indem ein Teil 9 Stunden und weniger, ein anderer Teil mehr als 9 bis 10 Stunden und die übrigen mehr als 10 bis 11 Stunden beschäftigt wurden — im gleichen Betrieb. Man ersieht daraus, wie ohne gezielte Arbeitszeitverkürzung Willkür und Unordnung in einem Betrieb schalten und walten und mit der Arbeiterschaft Fangball spielen können. In anderen Tabellen sind die Angaben über die Zahl der Betriebe und der Arbeiterinnen geringer als in den Jahresberichten der Fabrikinspektoren, die nach dem Schleswiger Bericht trotz vieler Rückfragen nicht aufgeklärt werden konnten. Im Bezirk Münster wurden bei den Erhebungen nur jene Betriebe berücksichtigt, in welchen Arbeiterinnen regelmäßig beschäftigt wurden, während im Jahresbericht alle Betriebe nachgewiesen werden, in denen Arbeiterinnen im Berichtsjahr tätig waren.

Sodann ist zu beanstanden der ungemein hohe Preis dieser Publikationen. Der diesmalige Jahresbericht und der Bericht über die Erhebungen der preussischen Fabrikinspektoren, welche Publikationen von R. v. Decker in Berlin verlegt werden, kosten zusammen fast 14 Mk., eine Summe, die nicht einmal zahlreiche Arbeiterorganisationen, geschweige denn einzelne Arbeiter für Bücheranschaffungen ausgeben können. Die Ursache dieser hohen Preise liegt offenbar in der zu kleinen Auflage, die es ja schon mit sich gebracht hat, daß kaum mehr ein Exemplar des Fabrikinspektorenberichtes erhalten werden konnte. Derartig sozialliterarische Publikationen sollen in großer Auflage hergestellt und zu einem mäßigen Preise verkauft werden, damit sie in den weitesten Kreisen des arbeitenden Volkes verbreitet und gelesen werden können. Im Statistischen Reichsamt hat man das bezüglich des Reichsarbeitsblattes begriffen, dessen Jahresabonnement zu 1 Mk. jedem Arbeiter möglich ist.

Was nun die genannten Erhebungen betrifft, so erstreckten sie sich auf über 21000 Betriebe mit zirka 400000 über 16 Jahre alten Arbeiterinnen, von denen 250000 oder 62 Prozent eine tägliche Arbeitszeit von 10 und weniger Stunden hatten, zirka 145000 oder 38 Prozent eine solche von über 10 Stunden. Die Detailangaben über die Arbeitszeitverhältnisse in den Tabellen werden durch weitere im Texte noch ergänzt und erläutert, und mehrere Aufsichtsbeamte haben sich diese Sache sehr angelegen sein lassen, während viele andere mit wenigen Zeilen leicht und mühelos darüber hinwegkommen.

In mehreren Berichten wird auch auf die Arbeitszeitverhältnisse in Betrieben der Metallindustrie näher eingetreten. So erfahren wir aus dem Nacher Bericht, daß in der dortigen Nadelindustrie der zehnstündige Arbeitstag in 45 Prozent der Betriebe mit 38 Prozent der Arbeiterinnen eingeführt ist und daß über 10 Stunden hinaus nur 20 Prozent der Betriebe mit 31 Prozent der Arbeiterinnen arbeiten. „Die Arbeiterinnen leisten in der Nadelindustrie zum weitest größten Teile Handarbeit gegen Stücklohn, so daß sie meist auch in der um eine halbe bis eine Stunde verkürzten Arbeitszeit durch größeren Fleiß dieselbe Leistung erreichen werden wie bisher.“ Die Nacher Metallindustrie beschäftigt insgesamt 2106 Arbeiterinnen in 51 Betrieben, wovon 1037 in 25 Betrieben eine Arbeitszeit von 9 bis 10 Stunden und 1069 Arbeiterinnen in 26 Betrieben eine solche von 10 bis 11 Stunden hatten. In der gesamten Nacher Industrie ist das Verhältnis günstiger, da 519 Arbeiterinnen in 27 Betrieben nur eine Arbeitszeit von 9 und weniger Stunden, 9538 in 206 Betrieben eine solche von 9 bis 10 und 5909 in 147 von 10 bis 11 Stunden hatten. Die große Mehrzahl der Betriebe und der Arbeiterinnen, 54 Prozent und 60 Prozent, hatte demnach eine tägliche Arbeitszeit von 10 und weniger Stunden, die Minderezahl, 46 und 40 Prozent, eine zehnbis elfstündige Arbeitszeit. Trotzdem erklärten sich Handelskammern und Unternehmerorganisationen mit faulen Gründen mancherlei Art gegen die Einführung des gesetzlichen zehnstündigen Tages für die Arbeiterinnen, „weil dadurch in Zeiten steigender Nachfrage große Verluste für die Industriellen verursacht werden könnten.“ Im Gegensatz dazu erklärten mehrere Nacher Tuchfabrikanten in persönlicher Rücksprache mit dem Aufsichtsbeamten, daß, wie das Beispiel in ihren Betrieben zeige, die zehnstündige Arbeitszeit sehr wohl durchführbar sei, nur müßten zum Beispiel in der Appretur, wo in einzelnen Betrieben die Arbeiter häufig noch 14 Stunden arbeiten müssen, einige Maschinen mehr aufgestellt werden. Im übrigen bezeichneten sie die allgemeine Einführung des zehnstündigen Tages im Interesse der Arbeiterinnen wie der Unternehmer gelegen. Von Seite der Arbeiter erklärten sich die christlichen Gewerkschaften entschieden für den gesetzlichen zehnstündigen Tag und auch die Fabrikinspektion gelangt in ihrem Bericht zu folgendem Schluß: „Bisher hat die Erfahrung noch stets gelehrt, daß es der angestrengteren Tätigkeit der nicht mehr durch übermäßig lange Arbeitszeit ermüdeten Arbeiter zum weitest größten Teile bald gelingt, in etwas kürzerer Zeit dieselbe Arbeitsmenge zu bewältigen als bisher. Es dürfte daher die bei Einführung des gesetzlichen zehnstündigen Tages von einem verhältnismäßig geringen Teile der Industriellen des hiesigen Bezirkes behauptete Anschuldigung der bisherigen Leistungsfähigkeit zu tragenden Geldopfer zur Besserung und Verbesserung ihrer Betriebsverhältnisse nicht so besorgend sein, als daß dieses ein genügender Grund gegen die Durchführung des im Interesse der Arbeiterinnen — insbesondere der verheirateten Frau und ihrer Familie — erforderlichen Änderung der Arbeitsbedingungen sein könnte.“

Im Erierer Bezirk haben 82 Prozent der Arbeiterinnen und 79 Prozent der Betriebe eine tägliche Arbeitszeit von

10 Stunden und darunter, also nur wenige eine längere als zehnstündige Arbeitszeit. Zu diesen rückständigen Betrieben gehört auch eine größere Verzinnerei, in der 70 erwachsene und 30 jugendliche Arbeiterinnen mit dem Putzen von Weißblechen beschäftigt werden, wobei die Arbeit Hand in Hand geht mit dem Verzinnen selbst, welches von männlichen Arbeitern ausgeführt wird. „Sämtliche Bleche, die in der 10 1/2 stündigen Schicht aus dem Zinnbad kommen, müssen auch sofort durch die Arbeiterinnen von dem anhaftenden Fett befreit werden, es muß daher die Arbeitszeit der Arbeiterinnen mit jener der männlichen Arbeiter zusammenfallen und eine Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen würde die Einschränkung des Gesamtbetriebes zur Folge haben, wodurch vielleicht auch die Produktion eine Einbuße erlitt. Demgegenüber muß jedoch hervorgehoben werden, daß in diesem Betrieb die Gesundheit der Arbeiter durch Fettdämpfe und Staub ohne Zweifel nicht unerheblich leidet und schon aus diesem Grunde die Einschränkung der Arbeitszeit zu empfehlen sein würde.“ Von sechs Blechwarenfabriken beschäftigt nur eine die erwachsenen Arbeiterinnen während 10 1/2 Stunden, in dessen die fünf anderen die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt haben. „Im Hinblick auf die geringe Differenz von einer Viertellstunde würde auch hier die Einschränkung ohne Bedenken durchführbar sein.“ Von 288 Arbeiterinnen in 14 Betrieben hatten 262 in 13 Betrieben eine Arbeitszeit von 9 bis 10, 26 in einem Betrieb eine solche von 10 bis 11 Stunden.

Im Düsseldorfer Bericht wird angeführt, daß in manchen Betrieben der Solinger Stahlwarenindustrie am Montag nur 9 Stunden und 20 Minuten, am Dienstag bis Freitag 10 Stunden und 20 Minuten und am Samstag nur 9 Stunden gearbeitet wird, wobei sich eine wöchentliche Arbeitszeit von 59 Stunden 40 Minuten ergibt. Derartige Verschiedenheiten in der täglichen Arbeitszeit der fünf ersten Wochentage kommen nur in der Solinger Industriegegend, in den übrigen Teilen des Bezirkes aber so gut wie gar nicht mehr vor.

Zu dumme ist, was im Düsseldorfer Bericht als die Äußerung eines Krefelder Seidenfabrikanten wiedergegeben wird. In dessen Betrieb besteht ebenso wie in den anderen der zehnstündentag, „gerne aber möchte sie in der stark beschäftigten Zeit vom Oktober bis Dezember 1 Stunde länger arbeiten, doch stoße sie immer auf Widerstand der Arbeiter, welche als Grund angeben, die Parteileitung will es nicht. Durch diese Weigerung sei die Firma häufig in große Verlegenheit geraten, weil die Ordres nicht zur richtigen Zeit erledigt werden könnten.“ Man erfährt nicht, welche Parteileitung „es nicht will“. Ist es die der Zentrumsparterie, der Nationalliberalen oder der sozialdemokratischen Partei? Sicher ist auf jeden Fall, daß weder die eine noch die andere Parteileitung diese Parole ausgegeben hat, und ebenso sicher ist, daß kein Arbeiter in Krefeld den Unsinns verzapfte, sondern der betreffende Fabrikant ihn selbst erfunden hat und zwar offenbar gegen die sozialdemokratische Parteileitung. Möglich ist, daß der Vorstand eines Gewerkschaftsverbandes die besagte Parole ausgegeben hat, woran er sehr wohl getan hätte, denn jedes wohlgeordnete Unternehmen kann ohne lange und regelmäßige Überzeitarbeit auskommen und bedarf derselben wohl nur in wenigen Ausnahmefällen, dann aber gewiß nicht gleich für ein Vierteljahr. Im Düsseldorfer Bericht wird denn auch gleich die Äußerung eines anderen Krefelder Seidenfabrikanten angeführt, wonach er wiederholt die Einführung gemacht hat, daß in Fällen, wo wegen dringender Bestellungen die Arbeitszeit bis auf 8 Uhr abends ausgedehnt wurde, das Mehr an Arbeitsleistung in keinem Verhältnis zu der zeitlichen Verlängerung stand. Die gleiche Erfahrung ist schon in tausend anderen Fällen gemacht worden.

Etwas bestreudend klingt die Mitteilung, daß in Barmen die Vorjüngenden des Metallarbeiter-Verbandes und des Zertilarbeiter-Verbandes, ferner im Düsseldorfer Aufsichtsbereich die Hirsch-Dunderjchen eingeladen wurden, ihre Mitglieder aufzufordern, dem Aufsichtsbeamten direkt oder durch die Vorjüngenden die Gründe mitzuteilen, welche aus gesundheitlichen Rücksichten für eine Herabsetzung der derzeitigen gesetzlichen Dauer der Arbeitszeit sprechen. Diesem Ersuchen ist leider bis jetzt von keiner Seite entsprochen worden! Diese Unfähigkeit in einer so wichtigen Sache von Seiten unserer Kollegen ist recht bedauerlich, nicht minder die der übrigen Organisationen und dies umso mehr, als im allgemeinen bei diesen Erhebungen die Arbeiter sowieso nicht angefragt wurden, sondern nur die Unternehmer und ihre Organisationen, so daß die ganze Aktion eine rein einseitig-kapitalistische war.

Erwähnenswert ist, daß in einem Lumpenortiergeschäft die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden herabgesetzt und hierbei die Erfahrung gemacht wurde, „daß die Arbeitsleistung sich nicht verminderte, daß das Verhalten der Arbeiterinnen während der Arbeitszeit durch die Arbeitszeitverkürzung außerordentlich günstig beeinflusst wurde und Erkrankungen viel seltener vorkamen als früher.“ Auch zahlreiche andere Unternehmer haben mit der kürzeren Arbeitszeit die besten Erfahrungen gemacht und sich daher für den gesetzlichen zehnstündigen Tag ausgesprochen, trotzdem erklärt sich der Bericht nicht klipp und klar für den zehnstündigen Tag, sondern nur unter allerlei Bedingungen, deren Aufstellung ein sehr sonderbares Bild auf den Fabrikinspektor wirft. Den Saisonindustrien sollte gestattet werden, während der Saison ohne weiteres statt 10 bis 11 Stunden und zwar wochenlang zu arbeiten, ferner der Industrie überhaupt, neben dem zehnstündigen Tag die 60 Stundenwoche mit Ausdehnung der Arbeitszeit an bestimmten Tagen bis auf 11 Stunden einzuführen. Daß dabei jede Kontrolle aufgehört und an Stelle des Gesetzes die Unternehmerwillkür gesetzt würde, sollte auch ein rheinländischer Fabrikinspektor wissen. Und dabei hat heute schon die große Mehrzahl der Betriebe und die Hälfte der Arbeiterinnen im Düsseldorfer Bezirk den Neun- und zehnstündigen Tag, in der Metallindustrie

überwiegt ganz bedeutend die kürzere über die mehr als zehnstündige Arbeitszeit. Man ersieht aus dieser rückhaltenden Stellungnahme der Düsseldorfer Fabrikinspektion wieder, wie stark der Einfluß der Unternehmerorganisationen und der arbeiterfeindlichen einzelnen Unternehmer auf die Beamten ist. (Schluß folgt.)

Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt im Monat Juli 1908.

Metalls- und Maschinenindustrie.

In der Metallindustrie bessert sich die Lage weiter. In der rheinischen ebenso wie in der schlesischen Industrie besteht rege Nachfrage und die Werte sind zufriedenstellend beschäftigt. Stark gefragt waren in allen Bezirken auch Eisengießerei-Produkte, so daß die Handelsgießereien im Juli eine mäßige Erhöhung der Preise erzielen konnten. Die Walzwerke waren anscheinend im schlesischen Bezirk etwas schwächer, im rheinischen Bezirk ein wenig besser beschäftigt als im Vormonat. Von der Trägerfabrikation wird lebhaftere Nachfrage und reger Verkauf berichtet. In der Gußstahlfabrikation war auch in der letzten Zeit im Essener Bezirk wie im ersten Quartal eine mäßige gute Wertbeschäftigung zu verzeichnen. Lohnerböhrungen ebenso wie Lohnherabsetzungen in größerem Umfang sind hier im letzten Vierteljahr nicht vorgekommen. Etwas kleinere Erhebungen treten in dem Gesamtbild der Lohnbewegung nicht in Erscheinung.

Au Maschinenbau scheint die Konjunktur leicht anzuziehen. Eine Besserung wird aus dem Anhalter Bezirk und aus Schlesien, ebenso wie aus Westfalen und der Provinz Sachsen berichtet. Die Ueberangebot an Arbeitskräften besteht freilich immer noch. Die Löhne sind in allen Bezirken unverändert geblieben. Im Werkzeugmaschinenbau wird aus Sachsen eine Besserung gemeldet, freilich wird es gleichzeitig als fraglich bezeichnet, ob die Besserung anhalten wird. Die Löhne stehen niedrig und haben sich nicht geändert. Arbeitsverkürzungen waren nicht erforderlich. Aus Ost- und Westpreußen wird berichtet, daß im Werkzeugmaschinenbau, der übrigens normal beschäftigt ist, eine Besserung nicht zu verzeichnen ist.

Im Lokomotivbau und Eisenbahnwagenbau sind im wesentlichen die Verhältnisse unverändert geblieben, im letzteren unverändert schlecht. Es wird das übereinstimmend gemeldet aus Breslau, Görtlich, Duisburg, Köln a. Rh. Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden war in einer sehr großen Anzahl von Betrieben auch im Juli erforderlich.

Die Beschäftigung in der Drahtstiftindustrie war im allgemeinen zufriedenstellend.

Elektrische Industrie.

In der elektrischen Industrie ist die Gesamtkonjunktur immer noch unbedeutend, immerhin hat sich die Entwicklung der Verhältnisse in letzter Zeit freudlicher gestaltet und in einzelnen Spezialbranchen ist recht zufriedenstellende Beschäftigung vorhanden.

Im Bau von Dynamos war nach Nachrichten aus dem Frankfurter und Nacher Bezirk im Juli der Geschäftsgang lebhafter als im Vormonat. Aufträge gingen reichlicher ein als im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Preise waren allerdings noch immer gedrückt. Allgemeiner Arbeitermangel herrschte nicht, aber an leistungsfähigen Schloßern und Drehern war starker Mangel. In einzelnen Abteilungen der berichtenden Werke, besonders in der Dreherei, Wikelerei und Stanzerei waren zeitweise Überstunden erforderlich.

In der elektrischen Beleuchtungsbranche war der Geschäftsgang im Juli wenn auch ruhig, doch verhältnismäßig bestrebend und gegen den Vormonat gesteigert. Es hängt das zum Teil damit zusammen, daß im Juli die Bestellungen für den Beginn der Beleuchtungsperiode anfangen einzulaufen. Das Angebot von Arbeitskräften hat nachgelassen, teilweise (Berlin) bestand sogar Arbeitsmangel, insbesondere fehlten Arbeiterinnen.

In der Fabrikation von Akkumulatoren war lebhafterer Geschäft als im Juni. Die berichtenden Firmen waren mit Aufträgen genügend versehen, nur sind auch hier die Preise gedrückt. Vereinzelt kam Ueberarbeit vor.

In Isoliermaterialien ist der Geschäftsgang im Juli zufriedenstellend gewesen, soweit es sich um Exportaufträge handelte. Bezüglich des inländischen Geschäftes war dagegen eine Verbesserung nicht zu konstatieren. Arbeiter sind mehrfach neu eingestellt worden. Die Löhne haben sinkende Tendenz, mit Rücksicht auf die niedrigen Preise der Fabrikate.

In der Telephonie (Fernsprechanlagen — Fernsprechtentralen, Fernsprechlampen, bespannte Drähte, Leitungsschüre) wird der Geschäftsgang als gut oder wenigstens als normal bezeichnet. Das Angebot von Arbeitskräften war nicht außergewöhnlich. Vereinzelt ist Ueberarbeit vorgekommen.

In der Kabelfabrikation ist im Juli stets starke Nachfrage da um diese Zeit die Aufträge gegeben werden müssen, damit die Kabel im Herbst noch gelegt werden können. Die allgemeine Lage der Kabelfabrikation ist jedoch noch nicht als befriedigend zu bezeichnen.

Die Fabrikation von elektrischen Kohlen wies im Juli, der Saison entsprechend, ein normales Geschäftsgang auf, wenn man berücksichtigt, daß in dieser Industrie von April bis August tote Zeit ist. Arbeitsangebot und Nachfrage bewegte sich in normalen Grenzen.

Für elektrische Meßinstrumente bestand im allgemeinen zufriedenstellende Nachfrage. An gelerntem Feinmechanikern war Ueberangebot vorhanden. Gut beschäftigt war ebenfalls die Fabrikation elektro-medizinischer Apparate und Instrumente.

Für Elektromotoren und für Starkstromapparate war meist volle Beschäftigung vorhanden. Aus dem Ausland lagen gut Aufträge vor. Im Lüdenscheider Bezirk mußten die Tagelöhner erhöht werden, Akkordlöhne blieben unverändert.

Die Besserung in der Metallindustrie wird besonders bestärkt durch die Ergebnisse der Betriebskassen. Während die berichtenden Betriebskassen zusammen eine Zunahme der männlichen Mitglieder um 1458, eine Abnahme der weiblichen um 225 ergaben haben in den berichtenden Stufen der Metall- und Maschinenindustrie die männlichen Mitglieder um 1901, die weiblichen um 185 zugenommen. Textilindustrie und Kohlenbergbau zeigen dagegen eine geringfügige Abnahme. Bemerkenswerte Zunahme zeigten nach dem vorliegenden Material die Betriebskassen in der elektrischen Industrie.

Das Steigen der Mitgliederzahl in der Metallindustrie und der elektrischen Industrie und teilweise im Baugewerbe wird auch durch die besondere Nachweisung bestätigt, welche Nacher, Düsseldorf, Frankfurt und Magdeburg liefern. In Frankfurt übersteigen die Gruppe Metallverarbeitung die Anmeldungen um 46, in Gruppe Maschinenindustrie um 107, im Baugewerbe um 365; in Nacher in der Metallverarbeitung um 32, im Baugewerbe um 108; in Frankfurt bei den Gewerbearten: Herstellung von Elektromotoren um 11, Herstellung von elektrischen Apparaten um 35, elektrische Installationen um 12. In Düsseldorf waren die Anmeldungen in Gruppe Metall- und Maschinenindustrie um 29 höher als die Abmeldungen. (Reichsarbeitsblatt.)

Die Kampfweise des Metallarbeiter-Verbandes gegen die Gewerksvereine.

Unter diesem Titel enthält der Gewerksverein Nr. 33 einen Artikel über die Maifestausperrung bei Gheßstädt & Robert in Berlin 1902. Es wird in dem Artikel auch die Bemerkung aus dem Jahresbericht der Verwaltungsstelle Berlin zitiert, die sich auf die Ausperrung bezieht. Die Bemerkung soll eine Entstellung der Tatsachen sein. Um das festzustellen, haben wir sofort Verfassungsbesprechungen arrangiert. Nachfolgend der Bericht hierüber:

Ende Juli dieses Jahres hielten die Arbeiter der Firma Eheschmidt & Robert eine Versammlung ab, um einen vom Metallarbeiter-Verband herausgegebenen Fragebogen zu beantworten und im Anschluß daran zu beraten, ob man sich an der von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband geplanten Lohnbewegung der Gürtler in diesem Jahre beteiligen wolle. Zu dieser Versammlung war von den Hirsche-Unterleuten der Generalsekretär Christ, von uns der Kollege Wiede erschienen. Im Laufe der Verhandlungen kam man auch auf die Waiseier 1902 zu sprechen, namentlich die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörigen, gekränkt, und sie verlangten eine Besprechung, in der über die Waiseier bei der Firma Eheschmidt & Robert diskutiert werden sollte und wo sie ihr Verhalten bei dieser Waiseier rechtfertigen wollten. Diese Versammlung fand am 3. August statt. Auch in dieser Versammlung war vom Gewerkschaftsrat Christ, von unserem Verband der Unterzeichnete anwesend. Der erste Redner der Hirsche, Furch ist sein Name, machte den Verbändlern dieselben Komplimente, wie sie auch Christ im Gewerkschaftsrat produziert hat, und verlangte eine Ehrenerklärung für die Hirsche bezüglich ihres Betragens bei der genannten Waiseier. Ich sagte, es scheint mir zwecklos, hier noch viel Worte zu verlieren, denn nach einer solchen Rede, wie sie Furch gehalten hat, sei eine Verständigung nicht zu erwarten. Es liege sich wohl davon sprechen, daß, wenn die Hirsche bei der bevorstehenden Lohnbewegung wirkliche und tatkräftige Solidarität üben würden, ihr Verhalten bei der Waiseier 1902 vergessen werden könne. Die Hirsche suchten ihr Verhalten damit zu rechtfertigen, daß es ein Streik nicht gewesen sei, sondern eine „Aussperrung“ und es sei ihnen auch von ihrem Vorstand eine Weisung an der Waiseier nicht gestattet worden. Auf eine Anfrage meinerseits sagte Kusawa (ebenfalls ein Gewerkschaftsrat), daß während der Sperre von den Hirschen, die bei der Firma beschäftigt waren, keine Mitteilungen an ihren Arbeitsnachweis gelangt seien, um Arbeitskräfte nach dieser Firma zu schicken. Es sei wohl ihre Pflicht gewesen, auch in diesem Falle ihren Arbeitsnachweis von etwaigen Vakanzstellen Mitteilung zu machen, aber sein Ehrgefühl habe das nicht zugelassen, daß man in dieser Weise den Verbändlern in den Rücken falle.

Kusawa verlas dann noch sieben Namen von angeblichen Verbändlern, die bei der Firma im Mai 1902 die Sperre gebrochen hätten und folgerte daraus, daß in den Reihen der Verbänder die Streikbrecher zu suchen seien, nicht aber bei den Hirschen. Christ hob besonders hervor, daß die Waiseier von der sozialdemokratischen Partei eingeleitet sei und somit den Gewerkschaften nichts anginge; weiter bemängelte er das Beiseiteschieben der Leitung der Hirsche bei den vorstehenden Streiks, ganz besonders beim Streik der Bauklemmer. So könne es nicht weiter gehen, die Hirsche würden streng darauf achten, daß ihr Vorstand oder dessen Beauftragte zu den Streikleistungen hinzugezogen werden, sonst sei ein Zusammenarbeiten bei Streiks nicht zu denken. Christ ging, weil er noch an einer Sitzung teilnehmen mußte. Die noch anwesenden Hirsche machten nun einigen Verbändlerskollegen, die infolge der Waiseier in den Betrieb nicht wieder hineinkamen, aber einige Monate nach der Aufhebung der Sperre bei der Firma wieder in Arbeit getreten waren, den Vorwurf, sie seien dem Meister nachgelaufen und hätten sich wieder angebetelt. Unsere Kollegen bestritten dies, und sie waren mit dem Vorschlag der Hirsche einverstanden, daß der Meister zu einer demnächstigen Werkstattsbesprechung eingeladen werde, um die Wahrheit der gemachten Behauptungen festzustellen.

Diese Versammlung wurde zum 6. August festgesetzt. Als nun unser Vertrauensmann, der beauftragt war, den Meister hierzu einzuladen, diesem am 4. August davon mündlich mitteilte, sagte der Meister, er komme nicht zu einer Werkstattsbesprechung. Es sei ihm niemand nachgelaufen, auch habe sich niemand angebetelt von den bei der Waiseier Entlassenen. Er habe vielmehr, wenn er einen auf der Straße getroffen, gefragt: Was machst du denn der ober jener, und warum kommen dieselben nicht her, die können, wenn sie es wollen, wieder anfangen. Der Meister betonte noch ganz besonders, daß für ihn die Sache erledigt sei und er auch im übrigen gegen die Kollegen nichts haben könne. Weiter versprach er, am Sonnabend bei der Lohnzahlung eine darauf bezügliche Mitteilung machen zu wollen. Dies tat er aber nicht.

Die Hirsche waren von unserem Vertrauensmann von allem unterrichtet worden, und als nun bei der Lohnzahlung der Meister nichts sagte, forderten sie von unserem Vertrauensmann, er solle den Meister daran erinnern. Dieser wandte sich auch noch einmal an den Meister und bekam die Antwort: Wer etwas von ihm wissen wolle, möge sich selbst an ihn wenden. Die Hirsche lachten sich nun ein, sie mußten auch genau wissen, warum sie lachten. Sie hatten nämlich schon am Donnerstag mit dem Meister über diese Angelegenheit gesprochen und wußten, daß er in dieser Sache keine allgemeine Mitteilung machen wolle. Sie gingen also nur darauf aus, unserm Vertrauensmann Fallstricke zu legen.

Als der Artikel „Die Kampfesweise des Metallarbeiter-Verbandes“ gegen die Gewerkschaften im Gewerkschaftsrat erschien, wurde ich beauftragt, eine Werkstattsbesprechung behufs Feststellung des Sachverhaltes wegen der in jenem Artikel enthaltenen Vorwürfe gegen unsern Verband, seine Leitung und Mitglieder, einzuberufen. Ich konnte folgendes feststellen: Es ist nicht wahr, daß am 1. Mai Montag alle 23 Klagen wieder beilegt waren und unter den Arbeitenden 7 Verbandsmitglieder waren. Der Lagerverwalter gab an, am 1. Mai hätten 4 Mann angefangen. Kirchner (ein Hirsch) sagte, es hätten 11 bis 12 Mann angefangen. Ich habe festgestellt, daß am 1. Mai überhaupt kein Verbandsmitglied angefangen hat. Ein Mitglied von uns, Schuppe ist sein Name, hat nicht mitgeleitet, er ist von uns ausgeschlossen und wurde Mitglied des Gewerkschafts, ebenso die Hirsche Sporenbrecher der Firma Eheschmidt & Robert. 3. Die Firma hat sich wohl auf Unterhandlung eingelassen und sollten neben Kollegen gleich, die übrigen nach Bedarf eingestellt werden. Darauf gingen wir nicht ein. 4. Unser Kollege Gütthel soll die Nachricht verbreitet haben, die Mehrzahl Lohnreduzierung in den Ausstufen getreten, die Hirsche hätten den Beschluß zugestimmt und waren nun doch in Arbeit geblieben. Das ist falsch. Gütthel trat den Gürtler Wiede, der schon fünf Jahre Mitglied des Gewerkschafts war und teilte ihm den wahren Sachverhalt mit, wie Wiede am 17. August bestätigt hat. Wiede hat im Gewerkschaftsrat in Kitzdorf diese Angelegenheit zur Sprache gebracht. Der Vorstand des Kitzdorfer Gewerkschafts hat nun einen Brief an den Generalrat gerichtet, worin von Lohnreduktion die Rede ist und für diesen Kuddel-Muddel will man nun unsere Mitglieder verantwortlich machen. Den Vorwurf, daß die Hirsche Streikbrecher unter Verhinderung der Tatsachen von ihrem Arbeitsnachweis geholt hätten, hat unser Kollege Gütthel nicht erhoben. 5. Es wurde aber von den damaligen Streikposten behauptet, daß sich Arbeitsnachweise meldeten, die angeblich vom Arbeitsnachweis des Gewerkschafts geholt worden zu sein, auf Vorhaltungen der Posten aber nicht in Arbeit traten. Wiede, Mitglied der Hirsche, behauptet ferner, es gäbe genau zu wissen, daß der Arbeitsnachweis der Hirsche damals Arbeiter an die Firma vermittelt habe. Also, wozu diese Entzündung?

Zu dieser am 17. August abgehaltenen Versammlung waren die bei der Firma beschäftigten Hirsche eingeladen, aber nur zwei Mann waren erschienen. Die Haupthelden Furch und Kusawa hatten es vorgezogen, sich zu drücken, trotzdem sie die Inspiratoren des Artikels im Gewerkschaftsrat waren. Die beiden Erschienenen konnten das hier festgestellte nicht bestritten, hätten aber gerne die Verhandlung gestört. Sie suchten durch lautes Schreien und Zwischenbrüllen die Verhandlung unermülich zu machen. Einer der Gürtler Wiede, tritt in dieser Versammlung nach einem Weisheitsglas und wollte den Kollegen diese damit auf den Kopf schlagen. Auf unsere Aufforderung, den Raum zu verlassen, weigerte er sich, und sahhen wir uns veranlaßt, da es unter unserer Würde war, mit solchen Leuten noch weiter zu verhandeln, das Lokal zu verlassen. Dies der wahre Tatbestand!

Berlin, den 21. August 1902. Partmann.

Angesichts dieser Feststellungen ist es mit den Behauptungen im Gewerkschaftsrat Nr. 33, betreffend die Kampfesweise des Metallarbeiter-Verbandes gegen die Gewerkschaften, genau so wie mit allen anderen Behauptungen gegen uns. Es sind Entstellungen und die Differenz bei Eheschmidt & Robert bezüglich den Angaben in Jahresbericht 1902 halte ich in jeder Beziehung aufrecht. Einige Sätze aus dem Artikel des Gewerkschaftsrat sind aber so interessant, daß ich darauf eingehen möchte. Es heißt da: „Zieht, Bewegung stehen, sind die Hirsche wieder „liebe Kollegen“. Nachher bekommen die Hirsche den Zutritt.“ Das heißt also: Nur, wenn dem Ehrgeiz der Führer (?) des Gewerkschaftsrat genügend Rechnung getragen wird, macht der Gewerkschaftsrat, geschädigt werden, ist Lebensfrage. Obgleich steht es so: lassen. Wir schaffen es auch allein. Aber sagt mir doch, ihr uneigennütigen Leute: Wenn ihr nicht Lohnbewegung erreicht wird? Oder seid ihr gutmütig genug, die Kasernen zu essen, die von den schlechten Verbändlern aus dem Arbeitersteilung an: Wir holen die Kasernen aus dem Feuer und Berlin.

Das heißt also: Nur, wenn dem Ehrgeiz der Führer (?) des Gewerkschaftsrat genügend Rechnung getragen wird, macht der Gewerkschaftsrat, geschädigt werden, ist Lebensfrage. Obgleich steht es so: lassen. Wir schaffen es auch allein. Aber sagt mir doch, ihr uneigennütigen Leute: Wenn ihr nicht Lohnbewegung erreicht wird? Oder seid ihr gutmütig genug, die Kasernen zu essen, die von den schlechten Verbändlern aus dem Arbeitersteilung an: Wir holen die Kasernen aus dem Feuer und Berlin.

Nachkänge vom Formerstreik der Harzer Werke in Rübeland und Zorge.

Von jeder erfreut sich die moderne Arbeiterbewegung der besonderen Aufmerksamkeit der Behörden. Bei Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern pflegen die Behörden es fast regelmäßig für ihre Pflicht zu halten, im Interesse der „armen“ Unterstreik in Blankenburg i. H. und Zorge i. H. Ein ganz ungewöhnliches Ausmaß von Gendarmen wurde in die Streikorte geschickt, um dort die Ordnung anrecht zu erhalten und die lieben Arbeitswilligen zu schützen. Wie üblich, geschah das in der Weise, daß diese „Schützen der Gesellschaft“ unter polizeilicher Schutze von auswärts hergebracht wurden und sich auch nicht selten auf dem Wege freuten hatten. Das diese offene Parteinahme der Staatsgewalt für das Unternehmertum keineswegs geeignet war, die Ruhe anrecht zu erhalten, ist wohl ohne weiteres klar. Und so mag es infolge der Zwischenfälle in den Streikorten gekommen sein. Eine ganze Anzahl von Anklagen war die Folge davon. Eine besonders glückliche Hand scheint die Staatsanwaltschaft dabei aber nicht gehabt zu haben. So wurde der Former Rößbeling aus Hüttenrode bei Blankenburg angeklagt, weil er als Streikposten zu einigen Arbeitswilligen in „Hüttenrode“ äußerte: „Für mich's nichts, ihr kriegt euer Meißel und dann arbeitet, wo ihr wollt, aber nicht hier!“ Der Amtsanwalt sand diesen Ton so wenig mit dem guten Tone, den die Gewerbeordnung vorschreibt, im Einklang, daß er wegen dieser falschen Tonlage fünf Tage Gefängnis als Strafe beantragte. Das Amtsgericht zu Blankenburg i. H., dessen Vorsitzender in der Verhandlung erklärte: „Der Ton macht die Musik“, sprach den verbrecherischen Former frei.

Mehr als die Streikenden in Blankenburg hatten die Arbeiter in Zorge die Aufmerksamkeit der Gendarmen auf sich gelenkt. Die folgenden Anklagen bei dem Amtsgericht in Wallenried waren die Folge dieser Tätigkeiten. Die Ehefrau des Kollegen Schärffe in Zorge regte sich darüber auf, daß zwei Arbeitswillige, die zugereist kamen, unter dem Schutze der Gendarmen von Ort zu Ort gebracht wurden und machte ihrem Ärger in wenig parlamentarischer Weise Luft, und zwar ohne daß der Gendarm es hören konnte. Indessen wurde dem Gendarmen hiervon Mitteilung gemacht. Von wem dies geschah, konnte nicht aufgeklärt werden. Der Richter lehnte die Stellung dieser Frage ausdrücklich ab und deckte so den ehrbaren Demagogen. Der Amtsanwalt erachtete eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen als angemessene Sühne. Das Amtsgericht und der Formerlehrling Bischoff, beide von Zorge, sollten sich gegen den § 153 der Gewerbeordnung dadurch vergangen haben, daß sie die Arbeitswilligen mit Schlägen bedroht und gescholten hätten. Bekanntlich ist die Ehre eines Arbeitswilligen so besonders schutzbedürftig, daß zu ihrem Schutze der Staatsanwalt einreisen muß, während gewöhnliche Sterbliche ihre angegriffene Ehre im Wege der Privatklage wahren müssen. Die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Wallenried verlief indessen so, daß selbst der Staatsanwalt die Freisprechung Hoppes wegen mangelnden Beweises beantragen mußte. Das Gericht erkannte demgemäß. Dagegen wurde der Lehrling Bischoff, wozu seines Zeugens und obwohl weitere Entlassungszeugen angeboten wurden, zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen verurteilt. Der Amtsanwalt hatte eine Zorge sollte ebenfalls gegen den § 153 der Gewerbeordnung dadurch verfahren haben, daß er die Arbeitswilligen, halbwegs der heutigen Gesellschaft eigentlich ein Ehrenrittel sein muß. Er leugnete die Tat und wies durch das Zeugnis zweier unbefangener Frauen nach, daß er zurzeit, wo die Tat begangen sein sollte, leffen hatte. Obwohl er hierfür noch weitere Zeugen anbot, hielten ihn der Amtsanwalt und das Gericht der Beleidigung für überführt, weil die beleidigten Arbeitswilligen, die ortstreu waren, ihn ganz genau wiedererkannt haben wollten, und zwar, weil er kurz geblauere Haare, einen starken Schnurrbart, eine blaue Bluse und die Hufe in den Stiefeln hatte. Diese besonderen Kennzeichen, die durch den Bericht von seiner Kollegen gemeinsam hat, reichten aus, das Gericht von seiner Schuld zu überzeugen. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen. — Die Ehefrau des Arbeiters Wierler in Zorge sollte die jugendlichen Arbeitswilligen gesehentlich eines Zusammenlaufs von Menschen auf offener Straße dadurch beleidigt haben, daß sie ihnen zurief: „Das sind ja nur Hozzungen!“ Auch sie leugnete, die Worte gebraucht zu haben, will sie selbst ruhen gehört haben und beruft sich auf Zeugen, die bei ihr gewesen seien. Ein Gendarm gibt zu, daß er sich in der Person geirrt haben könne. Unter Ablehnung der Beweisangebote verurteilt das Gericht die Frau auf die Auslage der Beleidigten im nach § 153 der Gewerbeordnung zu drei Tagen Gefängnis. Man sichten also den Aussagen der Angegriffenen so felsenfestes Vertrauen, daß man andere Zeugen des Vorganges gar nicht hören wollte. Auch ist auffällig, daß eine Verurteilung auf Grund des § 153 erfolgte, während die Frau in keiner Weise zu erkennen gegeben hatte, daß sie auf den Willen der Arbeitswilligen einwirken konnte es sich doch nur um eine Privatbeleidigung handeln, die nur auf Antrag zu verfolgen war.

Recht schlecht: In der Amtsanwalt mit einer weiteren Anklage, die er gegen den Hüttenarbeiter Heinrich Birkefeld und den Kerndamer Angerer, beide von Zorge, wegen Streikvergehen erhoben hat. Sie sollten einem ruhenbleiben Former angebrocht haben. So würden ihm den Nudel braun und blau schlagen, falls er in Zorge anfangen zu arbeiten. Der Former bestritt jedoch unter Eid, daß die angeklagten Kollegen ihn zwar angerufen, ihm den Sachverhalt in ruhiger Weise erklärt und auch ein Meißelgeschloß gegeben hätten. Treuhänder hätten sie nicht gebraucht. Er wäre aberdes über vor seiner Unterredung entschlossen gewesen, in Zorge zu arbeiten. Die Anklage allen zu lassen. Das Schöffengericht Wallenried sprach den Former frei. Nicht besser erging es dem Amtsanwalt, mit der Anklage, die er gegen die Former Gehbruder Karl und Albert Wierler in Zorge erhoben hatte. Waren da eines Abends als es ganz dunkel war, die Arbeitswilligen mit einigen

Schlägen bedacht worden. Hierbei sollten nun die Brüder Nieft beteiligt gewesen sein. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Wallenried gelang es ihnen jedoch, ihr Alibi nachzuweisen. Sie wurden beide freigesprochen.

Von zehn Angeklagten wurden also sechs freigesprochen, vier verurteilt. So glorreich endet der Geldzug zum Schutze der bedrängten Arbeitswilligen. Von den Verurteilten haben überdies drei Verurteilung eingeleitet. Nach Lage der Sache steht zu erwarten, daß auch diese noch freigesprochen werden. Dann wird der Ruhm des Schöffengerichts Wallenried sich in allen Fällen Rechtsanwaltschaft Dr. Kasper aus Braunschweig, der sich mit Freis- und großer Sachkenntnis der überwiegenen Aufgabe widmete. Dr. Kasper hat bei dieser Sache dieselbe Liebe gezeigt, wie er sie im Laufe des vorigen und dieses Jahres amwandte, um die Interessen Fabrikpersonalkasse zu wahren. Seinen Bemühungen gelang es, daß den polizeilich bestellten Liquidator ausgezahlt werden mußte und daß die Mitglieder über den Weiterbestand der Pensionstafel beschließen konnten. Dadurch kamen auch die vielen entlassenen Arbeiter zu ihrem Rechte.

Der Streik bei Lanz in Mannheim ist beendet.

In einer Versammlung der Streikenden wurde beschlossen, den Fabrikinspektor Dr. Wittmann zur Vermittlung der Differenzen auszurufen. In welcher Weise und mit welchem Resultat er sich dieser Aufgabe unterzogen, ergibt der von ihm erstattete Bericht, der wie folgt lautet:

Karlsruhe, 26. August. In Sachen des Ausstandes der Arbeiter in den Fabriken der Firma Heinrich Lanz in Mannheim wandte sich die Arbeiterschaft, vertreten durch die Zentralstreikkommission, am 18. d. Mts. an die Großherzoglich Badische Fabrikinspektion mit der Bitte, eine gütliche Beilegung des Ausstandes nach Mannheim zu wollen. Dementsprechend begab ich mich am 19. d. Mts. die Anfrage, ob sie meine Vermittlung anzunehmen bereit sei. Die Direktion erklärte sich hiernit einverstanden. Hiernach trat ich zunächst mit den Zentralstreikkommission in Verhandlung. Nach zusammenfassender Erörterung der vorliegenden schwierigen Verhältnisse erklärte ich, daß ich eine gütliche Beilegung des Streiks erst vermitteln könne, nachdem ich mich über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der von dem Protokoll vom 31. Juli immer wieder gegen die Firma erhobenen Anschuldigungen durch genaue Prüfung des gesamten Materials als hinreichend unterrichtet hätte. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Arbeiterschaft das für die Firma anerkannt hatte, sah ich mich veranlaßt, der Zentralstreikkommission Sicherheit zu geben, daß die Direktion, die Zentralstreikkommission und die Arbeiterschaft das von mir nach Pflicht und Gewissen ermittelte Ergebnis anerkenne, gleichviel wie es ausfalle. Zugleich erklärte ich mich auch bereit, für den Fall, daß ich dies im Laufe der Unternehmung für nötig halten sollte, bei der Direktion die Zuziehung von Arbeitern zu meiner Unterstützung vorzuschlagen. Hierzu sprach die Zentralstreikkommission und die mitanwesenden Vertreter der beteiligten Gewerkschaften einstimmig mir ihr Vertrauen aus. In einer hierauf folgenden Konferenz gab mir die Direktion ebenfalls eine entsprechende Erklärung ab. Bei der Erörterung, in welcher Weise die Prüfung der Beschwerden stattfinden könne, erklärte die Direktion der Firma Heinrich Lanz aus freien Stücken, daß sie nichts dagegen einzuwenden habe, wenn ich zu meiner persönlichen Orientierung einige Arbeiter heranziehen würde, daß sie dagegen nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, unabhängige Schiedsrichter Verhandlungen mit der Firma nicht zuzulassen.

Am 21. d. Mts. nahm ich im Beisein der Direktion und in Anwesenheit der von mir zugezogenen Arbeiter, nämlich der Schmiede Hofmann und Greif sowie des Schlossers Prenting, die Prüfung der Lohnbücher, Lohnlisten, Statistiken, der Abordrücke und aller die Lohnfrage berührenden Verhältnisse vor, wobei die Direktion alles mir gewünschte Material vorlegte und mir Gelegenheit gab, mich in erschöpfender Weise zunächst über die allgemeinen Verhältnisse der Fabrik zu orientieren und Einblick in die Gesamtorganisation der Lohnverrechnung zu gewinnen. Nach Abschluß der Prüfung gab die Erklärung ab, daß nach ihrer Überzeugung die Prüfung in gerichteter Weise von mir vollzogen worden sei.

Auf Grund der von mir vorgenommener Prüfung erkläre ich hiernit, daß ich mich dem Gutachten, welches die Arbeitskommission laut Sitzungsprotokoll vom 31. Juli d. J. erstatet hat, durchweg anschließe. Dieses Gutachten ging hinsichtlich der Lohnfrage dahin: 1. daß, wenn die und die prozentige Abordrücke für dieselbe Arbeit bezahlt wurden, dies darauf zurückzuführen ist, daß in diesen speziellen Fällen die Arbeit von Hand und nicht, wie normal, auf Spezialmaschinen angefertigt wurde; 2. daß die niedrigeren Verdienste einzelner vorgelegter Lohnzettel keinesfalls durch Lohnabzüge herbeigeführt wurden, vielmehr durch andere Ursachen, für welche die Firma nicht verantwortlich zu machen ist; 3. daß die Schmiedearbeiter mit Hilfe der eingeführten Maschinen häufig mehr verdienten als vorher und jedenfalls einen anständigen Lohn mit nach Hause nahmen. Auf Grund meines Befandes bin ich zur positiven Gewißheit schuldigungen jeder Grundlage entbehren.

Angesichts dieser Sachlage, welche durch die gegen die Firma gerichteten unbegründeten Anschuldigungen wesentlich verschärft wurde, beklage ich aus tiefster Seele, daß die Schmiede am 17. Juli voreilig und rechtswidrig ihr Arbeitsverhältnis gelöst haben; daß sie sodann nach Empfang des ausfallenden Briefes der Firma vom 18. Juli die Arbeit nicht wieder aufnahmen, daß sie das Sitzungsprotokoll vom 31. Juli nicht anerkannten, und daß schließlich durch eine allgem. men Zustand der Arbeiter eine schwierige Situation in den technischen und kaufmännischen Betrieben der Firma geschaffen wurde, die ich mich überzeugt habe, und wie aus der anliegenden Erklärung hervorgeht, nach einer Beendigung des Ausstandes trotz des besten Willens der Direktion zunächst nur eine beschränkte und allmähliche Wiedereinstellung von Arbeitern ermöglicht. An die Arbeiterschaft der Firma Heinrich Lanz und an die gesamte Arbeiterschaft Badens, soweit für sie die Großherzogliche Fabrikinspektion zuständig ist, richte ich die dringende und herzliche Bitte, in künftigen Fällen vorzuziehen, sich der Werke zu gehen und stets, ehe in einem Ausstand geschnitten wird, die Intervention der Großherzoglichen Fabrikinspektion anzurufen, die durch Geheiß und Verordnung zur Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter berufen ist und berechtigte Interessen der Arbeiter mit Wärme und Nachdruck wahrzunehmen stets bereit sein wird, wie dies auch in diesem Falle ich bezeuge dies vor meinem Gemissen — geschehen in der Vorstadt der Großherzoglichen Fabrikinspektion: gez. Wittmann, Oberregierungsrat.

Die Firma Heinrich Lanz gab dazu nachstehende Erklärungen ab: 1. Die Firma ist bereit, ab 31. August von 170 Mann auszuwählen derselben vor, will aber die älteren und verheirateten Arbeiter soweit irgend möglich, berücksichtigen. 2. Die Firma ist bereit, ab 31. August mit der Wiedereinstellung der übrigen ausgesetzten Arbeiter zu beginnen. Ob wieder alle Leute eingestellt werden können, ist infolge der durch den Streik geschaffenen Lage nicht zu übersehen. Die Fabrikleitung wird wiederum bemüht sein, im Hinblick auf die diesbezügliche dringende Forderung der Großherzoglichen Badischen Fabrikinspektion sowie als Gegenmaßnahme zu gehen und dabei die älteren und verheirateten Arbeiter zu berücksichtigen. 3. Da die Arbeitsmiederlegung seither interimistisch weiter geführte Betriebe die entsprechenden Veränderungen und Erörungen in der ganzen Fabrik herbeigeführt haben, so wird es voraussichtlich längerer Zeit bedürfen, bis wieder alles seinen folgerichtigen Gang geht. Es muß also die Fabrikleitung überlassen bleiben, ob und welche Arbeiter

A. Cohen.

brechungen oder Einschränkungen in den verschiedenen Betrieben festzustellen haben, bis das ganze wieder seinen regelten Gang geht; keinesfalls kann die Fabrikleitung für irgend welche Störungen im Fortarbeiten verantwortlich gemacht werden. 4. Die Fabrikleitung erklärt, daß sie den neu eingestellten Arbeitern keinen Groll nachträglich, dagegen muß sie auch unbedingt darauf bestehen, daß diejenigen Leute, welche weitergearbeitet haben, seitens der Neueingetretenen durchaus unbebeleglich bleiben. 5. Nach Beendigung des Streikes werden die dem Verband der Metallindustriellen übergebenen Listen zurückgezogen. Mannheim, den 26. August 1903. Die Direktion der Firma Heinrich Lang.

Die am Donnerstag den 27. August im Saalbau abgehaltene Versammlung der Ausständigen nahm Stellung zu dem Gutachten des Vorsitzenden der Fabrikinspektion Herrn Dr. Wittmann und im Anschluß hieran um Fassung eines Beschlusses, ob der Streik fortgesetzt oder die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Die Versammlung wurde um 1/4 Uhr durch den Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes Schneider eröffnet. Der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes Frisch verlas dann das Gutachten des Herrn Fabrikinspektors und die sich hieran anschließende Erklärung des Herrn Lang. Redner gab dann ein kurzes Bild über die Situation, die er als eine entschieden ungünstige für die Arbeiterschaft bezeichnet. Die Zahl der Arbeitswilligen habe sich in den letzten Tagen stark vermehrt und der Erfolg drohe an der Zahl der Arbeitswilligen zu scheitern. Der Streik erfordere aber dies kaum erschweringliche Opfer, um die Nichtorganisierten über Wasser zu halten, und so sei er, wenn auch mit schwerem Herzen, zu dem Entschluß gekommen, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Auch der Vorsitzende der Streik-Kommission Herr Frisch hält nach Lage der Sache es ebenfalls für geraten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die gleiche Stellung nimmt Reichstagsabgeordneter Dreesbach ein. Redner gibt zu, daß die Beilegung des Streikes auf Grund der vorliegenden Bedingungen eine Niederlage für die Arbeiterschaft bedeute, aber es sei nach seinem Dafürhalten der einzig gangbare Weg, um die Situation bei einer Fortsetzung des Streikes nicht noch ungünstiger zu gestalten. Der Verlauf des Streikes enthalte die ernste Lehre, daß eine einzelne Organisation in einem großen Betrieb nicht mehr in einem Streik treten solle, ohne eine gründliche Erwägung der etwaigen Folgen mit den eventuell in Mitleidenschaft kommenden anderen Organisationen gepflogen zu haben. Daß bei dem Zustand der Schmiede Fehler gemacht worden seien, sei nicht zu leugnen, aus diesen resultierten auch die übrigen Fehler. Eine Fortsetzung des Streikes würde ergebnislos sein, der Streik würde verjähren, und gerade den besten Elementen, die treu zur Fahne halten, bliebe dann der Weg in die Fabrik verschlossen, während die Arbeitswilligen ihre Plätze einnehmen. Der Vorsitzende der Schmiedeorganisation Schmidt wies die etwaige Annahme, die Schmiede hätten den Streik grundlos infiziert, zurück. Der 13. und 14. Jahrtag fehle in der Rechtfertigungsschrift des Herrn Lang, weil die Direktion sich schone, die schlechten Lohnsätze dieser Jahrtage an die Öffentlichkeit zu bringen und erst nach der Einsichtnahme dieser Lohnsätze sei er in der Lage, ein Urteil über die Berechtigung oder Nichtberechtigung des Streikes anzuerkennen. Er stellt den Anwesenden anheim, ihre Entscheidung nach bestem Ermessen zu treffen. Die übrigen Organisationsleiter, Geschäftsführer Schneider des Metallarbeiter-Verbandes, Walzer von den Hirsch-Dumerschen, Klost von der Schmiede, sprachen sich ebenfalls unter den gegebenen Umständen für Wiederaufnahme der Arbeit aus, ebenso alle Diskussionsredner. Betont wurde namentlich, daß man aus dem Verlauf des Streikes auch die notwendigen Konsequenzen ziehe und ernstlich Hand an die Organisationsarbeit lege. Einer der Hauptfehler liege darin, daß bis jetzt nur ein recht geringer Teil der Lohnsätze Arbeiter den Nutzen der Organisation erkannt und sich derselben angeschlossen habe. Die Debatte dauerte bis gegen 1/6 Uhr. Durch Stimmzettel entschieden sich 781 Arbeiter für Wiederaufnahme der Arbeit und nur 213 für Fortsetzung des Streikes. Ein Teil der Arbeiter hatte sich schon vor der Abstimmung entfernt.

Die Lohnbewegung der Klempner in Hannover.

Daß die Lohnverhältnisse der Klempnergehilfen und Installateure Hannovers tiefertraurige waren, ist an dieser Stelle schon mehrmals geschildert worden. Nach einer in diesem Frühjahr ausgenommenen Statistik schwankten die Löhne von 28 bis 45 Pf. die Stunde. Ein selbständiger Arbeiter wurde in den meisten Fällen mit 33, 40, 42 und in den seltensten Fällen mit 45 Pf. entlohnt. Die wirtschaftliche Konjunktur der verfloffenen Jahre war um auch nicht darnach angehen, Schritte zur Verbesserung zu unternehmen und ansäändiger Löhne und geregelte Verhältnisse einzuführen. Dieses Frühjahr war, als die Geschäftslage etwas besser wurde, rafften sich auch die Klempner auf, um das längst Versäumte nachzuholen. Die Kollegen waren jedoch weit davon entfernt, den Meistern Unerschütterliches zu erwidern, sondern sie stellten die bescheidenen Forderungen von 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, 45 Pf. Stundenlohn, 25 Prozent und 50 Prozent für Überstunden- und Nachtarbeit, den Lohn sofort nach Feierabend anzuzahlen, an den Vorständen der hohen Stelle zwei Stunden früher Feierabend und 2 Mk. Zulage nach auswärts.

Um nun dem von den Arbeitgebern aller Berufe immer so hervor gehobenen Standpunkt, „nur mit beinahe beschäftigten Arbeitern über solche Fragen zu verhandeln“ möglichst entgegenzukommen und jede Veranlassung zu einem Konflikt aus dem Wege zu räumen, beauftragten die Kollegen den Gesellenausschuß der Zwangs- tarntung mit der Vertretung ihrer Forderungen. Dieser Gesellen- ausschuss unterbreitete nun vor fünf drei Monaten der löblichen Innung für das „Klempnergewerbe“ die obengenannten Forderungen, doch ein — Narz wartet auf Antwort. Es wurden erst ein paar ebenso nichts sagende wie unzulängliche Versprechungen gemacht, und dann kam eine Abordnung der Innung in Stärke von drei Mann in eine Klempnerversammlung, erklärte dort die bescheidenen Forderungen als sehr berechtigt an und gab auch das Versprechen, „in Wäbe“ in einer außerordentlichen Innungsversammlung die Sache der Gehilfen zu beurteilen! Doch Woche um Woche verging, weder der Gesellenausschuß, noch die Innung erhielten Antwort, ja nun wußte schon bald nicht mehr, ob die Innung überhaupt noch existiert. Denn in letzter Zeit wurde der Gesellenausschuß von der Innung zu einer Versammlung nicht mehr eingeladen, nicht einmal zur letzten ordentlichen Generalversammlung. Borgeleitete wurden nun die Mitglieder des Gesellenausschusses beim Obermeister Herrn Plate, der nebenbei bemerkt, auch Vorsitzender der hiesigen Hand- werkskammer ist, vorstellig und fragten an, wie es denn eigentlich mit ihrer jetzigen Eingabe an die Innung stehe. Der Herr Obermeister erwiderte: „Ja wir haben das wohl im „Berghiebener“ gelehrt, aber dazu Stellung genommen haben wir so eigentlich nicht weiter! Was die Innung überhaupt geglaubt, war 40 Pf. Normal- lohn (1) und 30 Pf. Mindestlohn, alle anderen Dinge bis auf die Überstunden waren nicht abgehandelt; bei der Zulage für auswärtige Arbeiten sollte eine „angemessene Entschädigung“ gegeben werden.“

Die Kollegen sahen nun, daß auf diesem Wege wohl nichts zu erreichen sei und beschloßen am 12. August, mit der weiteren Ver- folgung ihrer Sache die Organisation zu betonen. Eine fünfjährige Lohnkommission wurde unterbreitete dem Obermeister der Innung andere Tages die Forderungen aufs neue und erläuterte auch jederzeit sich zu Unterhandlungen bereit. Der Obermeister zeigte sich sehr entgegenkommend, bedauerte jedoch, daß wahrscheinlich bei der Mehr- zahl seiner Kollegen eine größere Nachgiebigkeit, wie sie in den Lohnforderungen enthalten sei, nicht erwartet werden könne. Er schickte der Kommission auch zu, sie zur nächsten Innungsversam- lung einzuladen. Am folgenden Tage erhielt der Geschäftsführer der hiesigen Verwaltung eine vom Geschäftsführer und Obermeister unterzeichnete Karte, die die Mitteilung enthielt, daß der Innungs- ausschuss beschloßen habe, mit dem Gesellenausschuß am 18. August über die Forderungen zu verhandeln. Die Kollegen mußten nun

annehmen, daß die Organisation übergangen werden sollte und be- schloßen, um der ewigen „Hinfälligkeit“ ein Ende zu machen, am Sonntag den allgemeinen Ausstand und zugleich Erhöhung der Lohnforderung von 45 auf 50 Pf. Die Arbeit wurde nun auch in Hannover und Bielefeld und den Vororten mit seltener Einmütigkeit niedergelegt. Darauf hatten die Meister nicht gerechnet und wurden nun zunglücklicher. Es wurde der Lohnkommission sofort schriftlich erklärt, daß hier ein „Missverständnis“ vorliege, mit dem „Gesellen- ausschuss“ sei selbstverständlich die „Lohnkommission“ gemeint gewesen. Doch dies änderte nichts mehr an der Sachlage, der Krieg war einmal begonnen und mußte ausgefochten werden. In der Innungsversammlung, an der nun die Lohnkommission teilnahm, ging es anfangs recht „vielsprechend“ her. Während die Gesellen sich vollkommen passiv verhielten, machten die Meister ihrem gepreßten Herzen Luft. Die größeren und maßgebenderen Firmen rieten zur ruhigen Auffassung und erkannten unumwunden an, daß die Gesellen tatsächlich eine Berechtigung hätten, anzufordern mit den Verhältnissen zu sein. Speziell Herr G. Söhlmann (die größte Firma am Orte) führte treffend aus, daß es im eigenen Interesse der Meister läge, mehr zu zahlen, denn höhere Löhne haben stets unfehlbar höhere Leistungen der Ar- beiter im Gefolge. Doch diese vernünftigen Ansichten drangen bei den kleinen Meistern nicht durch, diese regten sich gewaltig auf, besonders war es ein gewisser Engelhardt (vor 14 Jahren selber einmal „Streikleiter“), der am argsten die Scharfmachergeige spielte. Als von der Kommission auf seinen früheren Standpunkt in derartigen Fragen hingewiesen wurde, erklärte er mit Emphase, er sei stolz darauf, seine Gesinnung gewechselt zu haben.

Nachdem nun die Herren Meister sahen, daß so eine Ver- ständigung wohl nicht möglich sei, ernannten sie auf Vorschlag ihres Vorsitzenden ebenfalls eine fünfjährige Kommission, die mit uns sofort verhandeln sollte; die Innungsversammlung sollte so lange ausgesetzt werden. Die Lohnkommission der Gesellen schlug vor, den Obermeister als Vorsitzenden zu nehmen, der sich in jeder Beziehung auch des geschenkten Vertrauens würdig erwies und objektiv und unparteiisch seines Amtes waltete. In der Kommissionsitzung schlugen wir, ohne auf die gestellten Forderungen Rücksicht zu nehmen, vor, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband einen kollektiven Arbeitsvertrag abzuschließen, auf zwei oder drei Jahre. Dem wurde von den Arbeitgebern auch entsprochen, ebenso einigte sich die Kommission in verhältnismäßig kurzer Zeit über die anderen Forderungen. Der hauptsächlichste Punkt war und blieb die Lohn- frage. Die Kommission einigte sich nur im wesentlichen dahin: Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April 1904 ab nicht über 9 1/2 Stunden. Der Stundenlohn beträgt von jetzt ab nicht unter 45 Pf., vom 1. April 1904 ab nicht unter 50 Pf. und vom 1. April 1905 ab nicht unter 52 Pf. für Gesellen über 21 Jahre. Junge aus- gelernte Gesellen erhalten im ersten Jahre nach ihrer Lehrzeit nicht unter 35 Pf., alsdann bis zum vollendeten 21. Jahre nicht unter 40 Pf. Alle anderen von der Kommission ausgearbeiteten Punkte fanden in der nachher fortgesetzten Versammlung auch die Zustimmung der Meister. Nur der Punkt über die Löhne wurde mit 38 gegen 38 Stimmen verworfen. Damit war die Einigung in die Brüche gegangen, doch ersuchte uns die Kommission der Meister, die Sache nicht als gescheitert zu betrachten, es werde in der nächsten Versammlung am Donnerstag wohl eine Einigung möglich sein. Leider schien aber dieses nicht der Fall, die Meister, die die Kommission erst ersuchten, der Versammlung fernzubleiben, da sie „unter sich“ schneller fertig würden, lagen sich bald in den Haaren und waren die Vor- schläge wieder um. Nun holten sie rasch die Lohnkommission der Gesellen, um nochmals zusammenzutreten. Der Stein des Anstoßes waren die 52 Pf. pro Stunde vom 1. April 1905 an. Wir ver- zichteten nun auf dieselben, wenn der Vertrag dafür um ein Jahr verkürzt wird und statt bis Oktober 1906 nur bis Oktober 1905 läuft. Damit kam nun auch eine Einigung zu stande, wenn auch nur mit 40 gegen 39 Stimmen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß die anderen Punkte alle einstimmig angenommen wurden und alle größeren Firmen auch für diesen kritischen Punkt stimmten; die Mehrzahl der Gegner rekrutierte sich aus den kleinsten der Klein- meister. Somit hatte, nachdem am Freitag auch die Gesellen die Einigungsvorschläge annahmen, der Streik sein Ende erreicht und wurde beschloßen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Der gültige Arbeitsvertrag lautet folgendermaßen:

- Arbeitsvertrag für das Klempner- und Installateur- gewerbe der Städte Hannover, Linden und Bororte.
- Mit Zustimmung der Versammlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist folgende, für das Klempner- und Installateur- gewerbe der Städte Hannover, Linden und deren Vororte bis 1. Oktober 1905 gültige Vereinbarung getroffen:
- § 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 10 Stunden, vom 1. April 1904 ab beträgt sie nicht über 9 1/2 Stunden.
- An den Tagen vor Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird die Arbeitszeit 2 Stunden früher beendet, ohne daß dafür ein Lohnabzug gemacht wird.
- § 2. Der Lohn muß bis Schluß der Arbeitszeit ausgezahlt sein. Verzögert sich die Lohnzahlung über eine halbe Stunde, so muß die vorzügliche Zeit im Lohn nachbezahlt werden.
- § 3. Der Lohn beträgt von jetzt an nicht unter 45 Pfg. für die Stunde, vom 1. April 1904 an nicht unter 50 Pfg. für die Stunde.
- Gesellen im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit erhalten nicht unter 35 Pfg. für die Stunde, von diesem Zeitpunkt an bis zum vollendeten 21. Lebensjahre erhalten sie nicht unter 40 Pfg. für die Stunde.
- Wenn diese Vereinbarung nicht gekündigt wird, erhalten alle drei Lohnklassen vom 1. Oktober 1905 an eine Zulage von 2 Pfg. pro Stunde.
- Für die Kleinigung von Zettlöpfen und Tieflöffeln erhalten die Gesellen einen Lohnzuschlag von 50 Prozent.
- § 4. Bei Arbeiten, die geleistet werden müssen in einer Ent- fernung von mehr wie 10 Kilometer, vom Marktplatz zu Hannover an gerechnet, ist neben freier Hin- und Rückfahrt als Entschädigung für den geleisteten Weg und Zehrstoffen eine tägliche Vergütung zu zahlen:

 - 1. wenn tägliche Rückkehr möglich ist, 1 Mark und für Helfer 75 Pfg.;
 - 2. wenn auswärtig übernachtet werden muß, 2 Mk. und für Helfer 1,50 Mk.

- Die entsprechende Entschädigung ist auch bei Entfernungen von 7 1/2 Kilometer an zu zahlen, wenn keine hinreichende Bahnver- bindung vorhanden ist.
- Für diese Entschädigungen sind auch die festgesetzten Arbeits- zeiten inne zu halten.
- Bei Arbeiten an außerordentlich teuren Orten ist zwischen Meister und Gesellen eine besondere Vereinbarung zu treffen.
- § 5. Helfer, die mindestens 2 Jahre im Installationsberufe tätig sind und ständig mit einem Meistern zusammenarbeiten, sollen nicht unter 35 Pfg. für die Stunde Lohn erhalten und vom 1. April 1904 nicht unter 38 Pfg. für die Stunde.
- § 6. Überstunden und Sonntagsarbeiten sind nach Möglichkeit zu vermeiden; müssen sie in Notfällen geleistet werden, so ist ein Zuschlag von 25 Prozent zum Lohne für Überstunden und 50 Pro- zent für Sonntagsarbeit zu zahlen.
- § 7. Die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen sind von beiden Teilen pünktlich inne zu halten.
- § 8. Für den Fall, daß durch irgend eine der vorstehenden Arbeitsbestimmungen Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen, sind die Streitfälle einer Schlichtungs- kommission zu unterbreiten, die aus je vier Mitgliedern der vertrag- schließenden Parteien unter einem unparteiischen Vorsitzenden zu bestehen hat.
- Die Schlichtungskommission hat so schnell wie möglich, spätestens innerhalb 24 Stunden, nachdem sie von einem Teile angerufen ist, zusammen zu treten und den Streitfall mit unauflösender Beschleunigung zu erledigen. Sofern die Parteien sich nicht über eine andere Ver- fahrungsweise als Unparteiischer einigen, ist der jeweilige Vorsitzende des Gewerbegerichts als Unparteiischer zu berufen.

§ 9. Sofern der vorstehende Vertrag nicht spätestens acht Wochen vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt wird, gilt derselbe als auf ein weiteres Jahr geschlossen. Hannover, den 21. August 1903. Für die vertragsschließenden Parteien: als Vorsitzender der Lohnkommission: H. Plate; als Vertreter der Klempner- und Installateurinnung zu Hannover: G. Söhlmann, W. Müller, Fr. Giesemann, Hugo Rajunte, Job. Raab; als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: R. Vorhöfer, Chr. Rihmann, Fr. Wein- kämpfer, Ad. Hesse und Chr. Laß. Auch die Binderer und die Meister der Vororte akzeptierten diesen Tarif, bis auf Bröckel in Wülfel, dessen Werkstätte also gesperrt bleibt. Die Klempner von Hannover-Linden können mit Stolz auf ihre Bewegung zurückblicken. Die Kollegen mögen aber nicht vergessen, daß Errungenes zu halten eine heilige Verpflichtung ist. Möge jeder seine Schuttpigkeit tun, neue Mitglieder gewinnen und selbst treu zur Organisation stehen, die ihn schützt und seine Existenz verbessert.

Zur Beachtung.

Zugug ist fernzuhalten:

- von Drechern nach Aschaffenburg (Kirch) M.;
- von Feilenhauern, Feilenhölzern und Feilenschmiedern nach Berlin v. St.; nach Bielefeld (Zimmermann);
- von Feingoldschleglern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Bärenschanzstr.; Jean Nieß, Fürtherstr.; Michael Pleißer, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königsplatzstr.);
- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Altenburg (Otto Köhler & Co.) M.; nach Berlin; nach Dülken (Weißhühlfabrik Jansen) D.; nach Friedland i. M. (Friedländer Eisenwerk) M.; M.; nach Kiel-Gaarden (Wollert & Merkel, Gaardener Eisengießerei) St.; nach Neumünster (H. Wollert) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Hirschberg i. Schl. (Daine & Seifert) St.; nach Rölln-Schrenfeld D.; nach Grimmitzschau (Pippig) M.; M.; nach Ruhla i. Thür. (Webr. Thiel) St.;
- von Metallgießern nach Genf (Rosario & Viollet) St.;
- von Metallschlägern nach Fürth;
- von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.;
- von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.; nach Schwelm (Bever und Klopphaus) St.;
- von Schloßern nach Aschaffenburg (Kirch) M.;
- von Schmiedern nach Mannheim (Lang) St.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche über- haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- bewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; N.: Nachregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Hus der Metallindustrie.

Über die bevorstehende Umwälzung in den Siemens-Schuckert- Werken

wird der Fränkischen Tagespost das Folgende mitgeteilt: Es liegt ein Vorstandsbefehl von Siemens-Schuckert vor, wonach der Maschinenbau im wesentlichen nach Nürnberg über- geführt werden soll (exklusive Bahnmotoren, Kranmotoren und Spezialkonstruktionen), während der Apparatebau im wesentlichen nach Charlottenburg überführt soll. Maßgebend für diesen Be- schluss war:

- 1. Einheitlichkeit der Fabrikation und damit Vereinfachung der Fabrikationsmethoden,
 - 2) tunlichste Rücksicht darauf, daß die Arbeiterzahl in Nürnberg und Charlottenburg (bei Berlin) ungefähr auf der gleichen Höhe erhalten werden soll.
- Demzufolge soll angestrebt werden, daß in Charlottenburg so viel als möglich Arbeiter des Maschinenbaues zum Apparatebau übergeführt werden, während in Nürnberg das Umgekehrte, also ein Übergang vom Apparatebau zum Maschinenbau beabsichtigt wird. Auch sind in Berlin die Werke der Aktiengesellschaft Siemens & Halske und das Kabelwerk angewiesen, so weit als irgend mög- lich, Leute des Maschinenbaues unterzubringen.
- In Nürnberg sind große, zum Teil leer stehende Fabrikträumlich- keiten zur Verfügung, und ist es daher leicht, den Maschinenbau dort zu vergrößern; in Charlottenburg umgekehrt müssen die Wer- kstätten erst für den Apparatebau eingerichtet und zum Teil dieolozier werden. Infolgedessen kann nicht sofort mit der Überführung des Apparatebaues nach Charlottenburg vorgegangen werden in dem- selben Maßstab, wie der Maschinenbau nach Nürnberg verlegt wird; die Folge wird daher während einer Reihe von Monaten ein vorübergehender Rückgang der Arbeiterzahl im Charlottenburger Wert sein.

Es geht daraus hervor, daß von nennenswerten Entlassungen in Charlottenburg, wenigstens als Definitivum, nicht die Rede sein kann. Am meisten wird die Wickelei betroffen, und hier wird auch wohl eine gewisse Anzahl Arbeiter dauernd entlassen werden müssen, weil sich gerade für Wickelei in anderen Charlottenburger Wer- kstätten kaum oder gar nicht eine Beschäftigung wird finden lassen, doch ist in Aussicht genommen, daß auch in der Wickelei tunlich- nur solche Leute entlassen werden, die weniger als fünf Jahre be- reits beschäftigt sind.

In allgemeinen ist anzunehmen, daß auch von den noch kein fünf Jahre bei uns Beschäftigten eine größere Anzahl wird dauernd bleiben können (abgesehen vielleicht von der erwähnten vorüber- gehenden Pause bis zur Übernahme des Apparatebaues nach Cha- lottenburg). Die Berliner Direktion versichert, daß alles geschieht um die Härten, welche die Umwandlung mit sich bringt, auf das geringste Maß zu reduzieren.

Ferner liegt ein Vorstandsbefehl vor, daß Leute, welche mehr als fünf Jahre bei Siemens & Halske beschäftigt sind und sich al- türlich bemüht haben, für welche aber keine Beschäftigung mehr in Charlottenburger Wert oder den anderen Werken von Siemen- & Halske sich wird finden lassen, also insbesondere Wickeleiarbeite nach Nürnberg übernommen werden gegen Erstattung der Umzug- kosten für den Betroffenen, sowie eventuell für seine Frau und Kinder, nicht aber für weiter stehende Verwandte.

Aus dem Kreise des Arbeiterrats des Charlottenburger Werks wurde darauf hingewiesen, daß viele Arbeiter beschließen, wenn sie nach Nürnberg übernommen sind, doch nach kurzer Zeit wieder wegen Arbeitsmangel oder Differenzen mit ihrem Meister wieder entlassen zu werden und dann, weil sie mit den Nürnberger Be- hältnissen nicht vertraut sind, in Nürnberg brotlos dastehen. So Charlottenburger Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke wurde angefragt, ob die Firma beabsichtige, das amerikanische Prämi- ensystem einzuführen, und es wird gebeten, davon Abstand zu nehmen. Herr Direktor Dühlmann antwortete darauf, daß das Prämiensystem, soweit er es bis jetzt studiert habe, den Arbei- tern sowohl wie den Arbeitnehmern Vorteile schaffe. Eine Ver- sicherung, das Prämiensystem bei den Siemens-Schuckert-Werken für alle Zeiten nicht einzuführen, könne nicht abgegeben werden. Frage sei international-wirtschaftlichen Charakters, und es sei un- licherweise zu befürchten, daß eine Nation, welche das Prämiensystem nicht einführe, gegenüber einer anderen Nation, welche es eingeführt habe, im internationalen Wettkampf schließlich unterliegen mü- ße und dann ein unwürdiges Dasein führe, ähnlich, wie Spanien bei einer tote Nation sei. Jedenfalls aber könne die Versicherung ab- gegeben werden, daß augenblicklich für die Firma viel zu wichtige Aufgaben anderer Natur vorliegen, um an die Einführung eines neuen Systems zu denken. Keines der Werke der Siemens-Schuckert-Werke könne selbständig auf diesem Gebiet vorgehen, vielmehr müßten hierfür Beschlüsse des gesamten Vorstandes und des Ak- tionärsrats vorliegen, was jetzt indessen nicht der Fall sei. D.

gelegentlich in dem einen oder anderen Werke mit einzelnen Arbeiter... ein Versuch, ganz im Kleinen mit dem System gemacht werde...

Zur Lage der Maschinenfabriken

Die Lage der Maschinenfabriken hat begonnen eine bessere zu werden. Diese Werke haben wohl am längsten und schwersten unter der schlechten Konjunktur gelitten...

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Mürnberg. In der am 1. August abgehaltenen Feilenarbeiter-Versammlung stand auf der Tagesordnung: Diskussion über die Fassung des Protokolls der letzten Generalversammlung...

Klempner.

Chemnitz. Eine von 70 Kollegen besuchte öffentliche Klempner-Versammlung wurde am 15. August im Schützenhaus abgehalten. Die Referate über „Korporative Arbeitsverträge“...

Blauen i. B. Nach achtwöchiger Dauer ist am 25. Juli der hiesige Klempnerstreik erfolglos beendet worden. Dieser Streik konnte und durfte für die Arbeiter nicht verloren gehen...

Strasbourg i. G. In einer am 13. Juli abgehaltenen Versammlung des hiesigen Lokalvereins der Klempner und Installateure wurde beschlossen, den hiesigen Klempnermeistern und Installateuren...

Leistungs- und Lebensmittelverhältnisse erlaubt sich der Klempner- und Installateurverein den Herren Meistern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden und soll eine einheitliche sein...

Metallarbeiter.

Budapest. Bei der Firma Ganz & Comp. in Budapest sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. Ihre Forderungen sind 20 Prozent Lohnerhöhung...

Chemnitz. In der Nähmaschinenfabrik von Bernhard Köhler legten 17 Schlosser, Mechaniker u. die Arbeit nieder, auch der Meister dieser Abteilung schloß sich an...

Chemnitz. Am 18. August fand im Saal des Oberrats eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Das Thema: Was lehren uns die allgemeinen Ausperrungen...

Frankenthal. (Bestrafte Verleumdung.) Ein Urteil des Schöffengerichts Frankenthal (Pfalz) in einer Privatbeleidigungsklage des Formers Anton Weiß...

Glogau. Damit die Kollegen vor Schaden bewahrt bleiben, teilen wir über die Verhältnisse der Maschinenfabrik G. Weiß folgendes mit: Diese Firma sucht in auswärtigen Zeitungen Formere...

Köln-Deutz. In Nr. 17 vom 15. August berichtet der Deutsche Metallarbeiter-Organ des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes über Mißstände in der Waggonfabrik von van der Zypen & Charlier...

hoch ja die gut christlich-katholischen Arbeiter mit der Kündigung zu versehen und dafür die aufstrebenden Anhänger der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu entlassen? Wer sind diejenigen, die Tag für Tag in böswilliger Absicht die freien Gewerkschaften verunglimpfen und verleumdern, und wenn man ihnen auf die unsauberen Finger klopf, feige den Rückzug antreten? Das sind keine Arbeiter, die der Sozialdemokratie anhängen, sondern des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes. Die Anhänger der freien Gewerkschaften haben solches Treiben nicht nötig. Sie haben sich durch ihr tatvolles und mannhaftes Eintreten für die Arbeiterfrage nicht nur die Achtung aller vernünftigen und anständigen Arbeiter, sondern auch vieler Arbeitgeber erworben, und das scheint die Herren vom christlichen Metallarbeiter-Verband in einem Zustand zu versehen, in dem ihr Verstand getrübt ist. Wer könnte es diesen Gemeinwesen auch recht machen? Brechen irgendwo Differenzen aus, und es gelingt, sie glücklich beizulegen, so hat man Verrat geübt. Gelingt es nicht und die Arbeiter versuchen, ihre berechtigten Forderungen durch Streit zu erzwingen, so haben die Herren Führer die Arbeiter in den Streit geübt (siehe Pirmanens, Iserlohn, Mannheim und den letzten Bauarbeiterstreik in Köln). Es scheint, als ob die christlich-sozialen Metallarbeiter und ihr Organ sich um den letzten Rest von Ansehen zu bringen suchen, denn alle Spalten der letzten Nummern wimmeln von Verdächtigungen und Verdrehungen in bezug auf die freien Gewerkschaften. Augenblicklich hätten sie jedenfalls besseres zu tun, als in so schmutziger Weise andere zu verunglimpfen. Wir begnügen uns mit der Feststellung dieser Tatsachen und überlassen es jedem einzelnen, zu prüfen, auf welcher Seite für Wahrheit, Freiheit und Recht gekämpft wird.

Wettmann. Die Kleinfabrikantenfabrik von Gustav Oberhoff ist seitdem bekannt durch ihre hohen Löhne. Verarbeitete Leute bekommen einen Lohn von 2,80 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit, die ledigen weit weniger. Seit ein paar Wochen war dort ein Verbandskollege beschäftigt und erhielt als Schlosser einen Lohn von 2,80 Mk. Als wir vor drei Wochen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abhielten, erbot sich dieser Kollege, nach Feierabend die Einladungen zu dieser Versammlung zu verbreiten. Am folgenden Sonntag erhielt er seine Kündigung. Der Inhaber der Firma Oberhoff ist ein frommer Mann, der um das Seelenheil der Arbeiter sehr besorgt ist; er ist auch Prediger der Methodistengemeinde. Da ist es selbstverständlich, daß er nur Leute gebrauchen kann, denen an dem Heil ihrer Seele mehr gelegen ist als an dem Heil ihres Leibes. Durch dieses Mindererwerb wird die Ausschreibung erzeugt; es gibt auch genug Arbeiter, die ihr Christentum bloß heucheln, um dadurch ihre Stellung zu befestigen. Wir fragen Herrn Oberhoff, wie er es als guter Christ mit seinem Gewissen vereinbaren kann, den Arbeitern solche Hungerlöhne zu zahlen? Der Herr hat wohl vergessen, daß es noch gar nicht so lange her ist, wo er auch nichts gehabt hat. Doch gemacht, vielleicht hängt es mit der Zeit auch unter seinen Arbeitern zu dämmern an, auf daß sie ihre traurige Lage erkennen und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Wir werden zu geeigneter Zeit den Herren Unternehmern ihre arbeiterfreundliche, Christentum heuchelnde Maske vom Gesicht reißen. Zum Schluß wollen wir den Herren Unternehmern einige Bibelsprüche unter die Nase reißen. Wir lesen in Jesus Sirach, Kapitel 15: „So lange du ihm nahe bist, braucht er deiner, aber wenn du nicht mehr kannst, so läßt er dich fahren.“ — „Wie die Hyäne mit dem Hunde sich gesellt, also auch der Reiche mit dem Armen.“

München. Zur Lage der Metallarbeiter in München. In einer äußerst stark besuchten Versammlung im Kreuzbräu sprach am 21. August Kollege Fischinger über die fortwährende Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter, insbesondere bei der Maschinenfabrik J. A. Maffei. Die Verhältnisse, führte der Referent aus, liegen jetzt genau so, wie vor sieben Jahren. Auch 1896 herrschten dieselben gebrühten Lohnverhältnisse, als aber in den folgenden Jahren fleißiger an der Organisation gearbeitet wurde, ergabte man auch einige Vorteile; bei Maffei wurde der längst gewünschte Arbeiterausschuß gewählt, verschiedene Lohn-erhöhungen wurden durchgeführt. Aber alsbald trat wieder eine Laune in der Bewegung ein, und so konnte es zum Beispiel die Firma Krauß wagen, als die Arbeiter wegen der drohenden Entlassungen vorstellig wurden und für Verkürzung der Arbeitszeit eintraten, dies rundweg abzulehnen. In den Artilleriewerkstätten bestand zwar die Forderung, daß Leute, die über zehn Jahre im Betrieb tätig waren, nicht mehr entlassen würden, und doch sind solche Entlassungen vorgekommen; vor das 25. Jahr überschritten hat, wird überhaupt nicht mehr bei den Artilleriewerkstätten angenommen, wenn er nicht über gute Protektion verfügt. In der Patzgerischen Waggonfabrik vertrauen sich die Parteilöhner kaum ein Wort zu sagen, da sie dies sofort an ihrem Verdienst spüren würden; es herrsche hier nämlich ein Alfordsystem, bei dem keiner weiß, wieviel er schließlich verdient. Als bei der Steigerung der Trambahnen die Löhne stark gekürzt wurden, redete man sich darauf aus, daß die Stadtgemeinde München so schlecht bezahle, in Wirklichkeit wird die Firma bei der Subvention aber gehörig unterstützt haben und die Arbeiter müssen jetzt die Differenz bezahlen. Nebenher erläuterte sodann, daß die Fabrikrentenkassen vielfach die Schlagfertigkeit der Metallarbeiter hemmen und daß eine Kassenzentralisation angelehrt werden müsse. Referent kommt nun speziell auf die Verhältnisse bei Maffei zu sprechen; von 1897 bis 1900 waren die Durchschnittslöhne tatsächlich von 4 Mk. auf 4,80 Mk. gestiegen, indessen ist dies zum Teil auf die große Antreiberei und die vielen Überstunden zurückzuführen. Die Direktoren haben kurz und bündig erklärt, daß mit der Lohnreduktion nicht eher eingekommen werde, als bis der Durchschnittslohn auf 4 Mk., das heißt um 25 Prozent herabgebracht ist. Diese Lohnreduktion beträgt bei 1400 Arbeitern im Jahre (zu 200 Arbeitstagen) 406000 Mk., das ist ein Jahresverdienst (1200 Mk.) für 339 Familien, den die Fabrik in die Tasche steckt. Für diejenigen, welche über die hohen Kosten der Organisation (Wochenbeitrag 45 Pf.) klagen, macht der Referent eine andere Berechnung; mit diesen 406000 Mk., die den Arbeitern bei gleicher Arbeitsleistung in einem einzigen Jahre weggenommen werden können für jährliche Maffeiarbeiter (1400 Mann) die Beiträge auf 12 1/2 Jahre bezahlt werden können. Wären alle Maffei'schen Arbeiter organisiert, wären die 406000 Mk. überhaupt in ihre Tasche geflossen! Jüngere Steinlein jagt wohl, daß nicht immer 25 Prozent abgezogen werden; das stimmt insofern, als der Abzug oft bis zu 60 Prozent beträgt! Ja, man hat sich sogar nicht entblödet, und den Alfordarbeitern ihre Arbeit ruhig fertig machen lassen, als es aber an das Ausbezahlen des verdienten Alfordüberlages gehen sollte, wurde ihnen erklärt: Wenn ihr euch keinen Abzug gefallen läßt, so seid ihr entlassen!! Es wird in einem reichhaltigen Bericht mit den Arbeitern umgegangen! Als die Fabrik für das Ansehen Aufträge übernahm und infolge des schlechten Abschlusses Abzüge vorzuschreiben, wurden die Arbeiter auf den Bau hayerischer Maschinen vorgerufen, und doch wurden dann auch bei diesen bis zu 50 Prozent die Löhne vermindert. Wenn es wahr sein sollte, daß der Staat so schlechte Preise zahlt, so müßte man im Landtag interpellieren. Die Lebenslage sei schon so tief gestiegen, daß man Gehalt der Metallarbeiter ihre Familien nicht ausreichend erhalten können. Bezüglich der Behandlung bei Maffei sei erwähnt, daß Ingenieur Steinlein morgens 6 Uhr mit der Uhr in der Hand am Fabrikhof stehe, daß das Bier während der Protokollauswertung werden müsse, damit ja keine Exzesse Arbeitstagen verloren gehen. Einige Vorarbeiter verzeihen es, durch Schimpfwörter wüßliche Arbeiter hinauszuweisen, einer konnte sich sogar erlauben, einen Arbeiter zu schlagen. Wichtig sei es übrigens, daß die Kollegen bei Maffei sich nicht getrauen, den vollen Umfang der Lohnreduktion einzugehen. Sie sehen also, jedoch der Bedauer, daß die schlechtesten Verhältnisse für kein Gewerbe sind, die beste Gewähr, daß unsere Interessen gewahrt werden, ist die Organisation. Es geht zu hoffen, daß die Maffeiarbeiter sich aufrufen und Mann für Mann ihr betreten. In der Diskussion stellte Kollege Lauterbach fest, daß bei Maffei Städte, die früher mit 3 1/2 Mk. bezahlt wurden, jetzt mit 40 Pf. (!) entlohnt werden. Kollege Fischinger möchte beibringen, die Arbeiter auszuweisen, sich reger an der Organisation zu beteiligen.

Eine mit allen gegen eine Stimme angenommene Resolution lautet: „Die äußerst gut besuchte Metallarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von den allgemeinen Arbeitsverhältnissen in den Maschinenfabriken Münchens, insbesondere von reichsärztlichen Betrieb Maffei. Die Versammlung erkennt aus eigener Erfahrung, daß sich die Verhältnisse stetig verschlechtert haben. Durch fortwährende Lohnreduktionen, durch wiederholte Arbeitslosigkeit wird die Lebenshaltung der Arbeiter verengt, daß Gefahr für Leben und Gesundheit des Einzelnen besteht. In Erwägung, daß durch die schließlichen Arbeiterentlassungen bei Maffei die Arbeitskräfte so hoch angepannt werden, damit die Entlassenen ersetzt werden, trotzdem aber der Durchschnittsverdienst um 25 Prozent vermindert wurde, erkennt die Versammlung, daß rücksichtslos bei Maffei auf die Arbeiter gedrückt wird. Die Versammlung bedauert, daß der Köder Wohlfahrts-einrichtung bei einem großen Teile der Maffeiarbeiter noch Anklänge findet, zumal damit sehr häufig Unrecht geübt wird. Das einzige, den fortwährenden Verschlechterungen entgegenwirkende Mittel ist die Einigkeit unter der Arbeiterschaft, und die wird nur gefördert durch die Organisation. Deshalb ist es Pflicht für jeden einzelnen, entschieden für die Verbreitung des Metallarbeiter-Verbandes zu sorgen, der auch von der Versammlung beauftragt wird, dem Maffei-betrieb ein wachsameres Auge zu widmen.“

Neu-Strelitz. Die Firma Gebrüder Maas, Maschinenfabrik, Eisen gießerei und Schiffswerft, hat 30 Kollegen wegen der Zugehörigkeit zum Verband sofort entlassen, obwohl von diesen nicht die geringsten Forderungen oder Wünsche an die Fabrikleitung gestellt worden sind. Die Maßregelungen sollen fortgesetzt werden, bis alle Verbandsmitglieder entlassen sind. Die Firma hat jetzt augenblicklich wenig zu tun, jedoch für spätere Termine Aufträge und sie fürchtet zweifellos, daß bei gutem Geschäftsgang eine Erhöhung der recht ungenügenden Löhne verlangt werden könnte, wenn dort Verbandsmitglieder arbeiten. Daher werden die Kollegen gut tun, Neu-Strelitz zu meiden.

Stettin. Die Gewerkeversammlung, die am 16. August in der Philharmonie stattfand, mochte von etwa 200 Personen, darunter etwa der dritte Teil Angehörige der Gewerkschaften, besucht gewesen sein. Schon die Art der Kundgebung dieser Versammlung in der Presse ließ darauf schließen, daß seitens der Gewerkschaften oder einzelner treibender Personen in diesen Vereinen irgend eine Aktion geplant war, durch die man aus dem friedlichen Verhältnis mit den Gewerkschaften, das sich freiwillig im Interesse der Arbeiter, seit dem Scheitern der Teile bei der Juridikation der politischen-revolutionären Drahtzieher auf dem Vulkan völlig bewährt hatte, hervorkommen wollte. Beide Teile befanden sich unter diesem Verhältnis durchaus wohl und noch in neuerer Zeit fanden Verhandlungen zwischen ihnen statt, um in sozialwirtschaftlicher Beziehung die Interessen ganzer Arbeitergruppen zu fördern. So, kürzlich, als Herr Trabert in der Umgegend von Stettin agitatorisch für die Gewerkschaften tätig war, wurde konstatiert, daß dieser Herr, der sonst nicht gerade in seiner Agitationsweise sich gegen die Gewerkschaften einer Sachlichkeit befeißigt, unter dem Einflusse des Friedens-jahres Gewerkschaften und Gewerkschaften in Stettin, sachlich blieb und dadurch diesmal vorteilhaft abtrotzt gegenüber seinen Ausführungen vor etwa anderthalb Jahren in der damaligen Philharmonieverammlung der Gewerkschaften. Nun gibt es leider Leute, denen dieses Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften nicht recht ist. Denn so lange sich die Arbeiter untereinander bekämpfen, so lange können diese Leuten im Trüben fischen und die Unternehmerninteressen kommen nicht besonders in Gefahr. Solche Leute gibt es nicht nur in Stettin, sondern auch in Berlin an einer gewissen Stelle. Es wurde feinerzeit schon beim Zusammengehen der Arbeiter auf dem Vulkan in Sachen der Abwehr der Behauptungen des famosen Ergebnisstelegramms in Stettin und in Berlin über den Verfall der verfallenden Gewerkschaften hierbei mit den Gewerkschaften zusammengegangen waren. Die Mitglieder der Gewerkschaften hinstimmten sich aber nicht um die heimlichen Entwürfs-pläne, die das bedauernde Kopf-, Zopf- und Perückenstücklein gewisser Berliner und Stettiner Herren zur Folge hatte. In die rabiaten Stettiner Gewerkschaften machten sogar mit einer Anzahl Herren aus dem Ortsverbandsvorstand, die offen und heimlich gegen dieses Zusammengehen eiferten und daselbe zu durchkreuzen versuchten, reinen Tisch. Eine ganze Anzahl junger, arbeitsfreudiger Kräfte kam damals in den Ortsverbandsvorstand. Das war eine der Folgen der Entwürfspläne über das Zusammengehen zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften. Nach und nach aber gewannen diese quertreibenden Kräfte wieder an Einfluß und auch von Berlin aus wurde dem Vorstoß geleistet. Die Folge war, daß man sich entschloß, das friedliche Verhältnis zu befestigen. Da die Gewerkschaften und die beiden Kartelle dazu aber keinen, auch nicht den geringsten Anlaß boten — denn persönliche Streitigkeiten der Mitglieder einzelner Organisationen sollten nicht den Anlaß zu einer erneuten Uneinigkeit bieten, so war feinerzeit ausdrücklich zwischen beiden Seiten ausgemacht — so mußten irgend welche Streitigkeiten heraufkommen. Man hatte sich zur Abhaltung einer Versammlung entschlossen, in welcher Herr Gleichauf-Berlin über den Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Streik bei der Firma Maffei sprechen sollte. Nun hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Stettin aber gar nicht die geringste Handhabe für die Abhaltung dieser Angelegenheit gegeben. Schadet nichts! Herr Gleichauf kommt und redet, rede so lange, daß er seinen Austrag-geheim mit gutem Gewissen berichten konnte: „Herr, dein Knecht hat.“ Herr Gleichauf, der durch sein eigenartiges Verhalten als Hauptträger des Generalrats beim Maffei'schen Streik in Berlin, ja in ganz Deutschland bekannt geworden war, betonte in seiner fast zweistündigen „Rede“ fortwährend die Einigkeit der Arbeiter, dabei aber auf's schärfste die Gewerkschaften verleumdend und angreifend. Selbst, wenn er also den Auftrag hatte, es zum Zweck zu treiben, etwas mehr Gehässigkeit hätte man doch erwartet. Die ganzen Ausführungen des Herrn Gleichauf, abgesehen von der Schilderung der Gegensätze zwischen Reichen und Armen, waren nichts weiter als Angriffe auf die Gewerkschaften. Man will die Gewerkschaften von der Wüßhäre „verwischen“ — so rief der Herr mit Pathos. Der Beweis, den er dafür antrat, war leicht und fertig. Denn, wo ist seit der Einigung in Stettin eine Tatsache zu Tage getreten, daß man hier die Gewerkschaften von der Wüßhäre verwischen will? Daß Herr Gleichauf ein vorzüglicher Kenner der Geschichte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ist, geht aus der Tatsache hervor, daß er behauptete, der Allgemeine deutsche Arbeiterverein sei zum Beispiel zum Zwecke des Generalrats geschaffen worden. Dann führte aus seiner weiteren Rede auch der eigentliche Beweggrund seines Auftrags herans: die Opposition gegen die Sozialdemokratie. Nachdem aber behauptete der Herr unzähligemal, daß die Gewerkschaften politisch keine Partei „antiarbeiter“ seien. Das hielt ihn aber nicht ab, zu erklären: Wenn die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zu sehr (also ein wenig) auf das sein! mit partei-tischen Bestrebungen verknüpft werden, so liegt die Gefahr vor, daß die Regierung die Arbeiter darunter leiden läßt. Das heißt also in klaren klaren Deutsch überfetzt: Ihr Arbeiter schließt euch nicht der Sozialdemokratie an, dann gewährt euch die Regierung größere Freiheiten und Rechte! Man sieht, der brave Herr Gleichauf hat von Herrn Eugen Richter und besonders von den konservativen Volks-freunden gelernt. Diese behaupten ja auch, je mehr die Arbeiter ihr Wohlrecht ausüben und sozialdemokratisch wählen, umso mehr gefährdet sie dieses Wohlrecht. Und dieser selbe Mann mit dieser Logik kommt nach Stettin, um hier sein Licht vor denkenden Arbeitern leuchten zu lassen! — Zum Schluß ging Herr Gleichauf auf die für ihn sehr heikle Angelegenheit des Maffei'schen Streiks ein und wollte davon dem Stettiner beweisen, wie richtig er in dieser Sache gehandelt habe. Er behauptete dann zum Schluß, daß er der beste gewöhnliche Anführer sei von der Welt sei; nur die bösen Metallarbeiter-Verbandsführer seien an allem Schuld. Bei dieser Gelegenheit erzählte der Herr freiwillig mit den Tatsachen solche Jongleur-tumlichkeiten, das er als Meister in solchen Dingen gelten kann.

Dabei griff er den Bevollmächtigten der Berliner Verwaltungskollegen, in unverantwortlicher und beleidigender Weise an und lautete auch wieder zu gleicher Zeit „sein ernstestes Bestreben, die Frieden zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften zu fördern. Also in einem Atemzug die schärfsten und boshaftesten Angriffe auf die Gewerkschaften und gleich dahinter die Versicherung, daß er nur aus Liebe zur Einigkeit und zur Förderung des so bringend notwendigen Friedens seine Ausprägungen mache. Kann es, so fragen wir eine größere Komödie geben, wenn Herr Gleichauf seine „Rede“ die wir, abgesehen von den unqualifizierbaren persönlichen Angriffen auf Cohen, in Nr. 35 des Regulator schon vorher kürzer geleistet hatten, damit schloß: Die Arbeiter aller Vindlungen sollten bestrafen, Gehässigkeiten untereinander zu vermeiden und fernzuhalten, denn nur durch die Einigkeit würden sie Vorteile erlangen. — Herr Gleichauf erklärte der Versammlung, daß die Gewerkschaften und Gewerkschaften ein Meider der Gewerkschaften sprechen sollte. Tagelang wurden die Anwendungen erhoben. Nach einer kurzen Pause erhielt Kollege Cohen das Wort. Der Jesuitismus Gleichauf's fand dann eine so gründliche Widerlegung seitens Cohens, daß die Gesichter der Herren am Vorstand die größte Verlegenheit ausdrückten. Cohen ließ ein jurchbar Straßgericht über Gleichauf ergehen. Er wies nach, daß Gleichauf nicht einwandfreie Worte in Sachen des Maffei'schen Streiks gesprochen habe. Er wies nach, daß der Arbeitsnachweis der Maffei-Dauerstreik Gewerkschaften in Berlin Streikbrecher für Maffei vermittelt hat und daß auch seitens der Gewerkschaften in anderen Orten solche verwerfliche Maffei'sche für die Firma Maffei gesucht worden sind, daß das, was Herr Gleichauf in bezug auf die Verbindung der Errichtung von Ortsvereinen durch Metallarbeiter-Verbandsführer jagte, im umgekehrten Falle zutraf bei der Errichtung der Verbandsstellen in Kattin, wo Herr Grawitzsch (Berlin) vom Generalrat her geschickt wurde, um die Errichtung dieser Zahlstelle zu hintertreiben. Er wies nach, daß Gleichauf im Auftrag des Generalrats den Streik bei Maffei „abwürgen“ mußte, daß die Kühnemann in Berlin mit dem Gewerkschaften in Hand gingen zur Vermittlung von Streikbrechern. Damit war die Abreibung Gleichauf's ledig. Jetzt aber erklärte der Vorsitzende, daß Gleichauf hin Cohen furchen würde. Daß das eine Umgehung des vorher angegebenen Besprechens war, mußte jedem klar sein. Dieser Vorstoß ausdrückte vorher abgegebenen Versprechungen hatte zur Folge, daß die anwesenden Vertreter der verschiedensten Gewerkschaften und die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes den Saal verlassen, denn mit Leuten, die derartige Vergewaltigungen liebte, diskutiert man eben nicht. Das gab nur Herrn Gleichauf eine neue Gelegenheit, zu erklären, daß seine Gegner „geföhnt“ seien. Wir können ihm das schenken. Eine ganze Zahl neuer Hauptaufträge stellte nun Herr Gleichauf noch auf, durch welche er die ihm vorgelegte glänzende Abreibung zu verdecken suchte. Es gelang ihm aber nicht. Nachdem salbaderte derselbe Mann wieder, daß nicht er, sondern Cohen die Einigkeit zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften in Stettin gestiftet habe, und daß der heutige Maffei'schen Gewerkschaften und Gewerkschaften vergessen und daß die unbedingte Einigkeit der Arbeiter angestrebt werden möge. Dann sprach als zweiter Gewerkschaftsreferent hinter Cohen Herr Prochnow, Faber, welcher jetzt das Wort erhielt, beschränkte sich auf die kurze Erklärung, daß er den Zwickpunkt nicht vernehmlich wolle, was er tun müßte, wenn er auf die „Meden“ des Herrn Gleichauf eingehen würde.

Solingen. Am 16. August fand eine Versammlung der Fabrikarbeiter statt, die sich vorzugsweise mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Schlägereien befaßte und als Einleitungsfrage eine eventuelle Lohnbewegung in diesen Betrieben zu gelten lassen. Kollege Sandler hatte hierzu das einleitende Referat übernommen. Aus seinen Ausführungen ist besonders hervorzuheben, daß es bei dieser Bewegung nicht bloß um Preisfragen handeln könnte, sondern vor allen Dingen um Festlegung einer allgemein geregelten Arbeitszeit, Beschränkung der Einstellung jugendlicher Arbeitskräfte und um die Niedererschlagung jener Schmutzkonkurrenz, welche auf Kosten der Arbeiter und selbst human denkende Fabrikanten zwingt, ihren Arbeitern ebenfalls Lohnreduktionen aufzubürden. Würden sämtliche Schlägereiarbeiter sich an der Bewegung beteiligen, dann wäre es vielleicht überhaupt möglich, daß es nicht zum Kampfe kommen würde, oder daß ein Teil der Unternehmer, ohne in den Kampf einzutreten, den Vertrag unterzeichnen würde und damit die Bahn frei wäre zur Bekämpfung jener Firmen, von welchen die schon bezeichnete Schmutzkonkurrenz ausgeht. Wichtig sei aber schon lange die Bewegung und zwar deshalb, weil die Federmeßerarbeiter in jeder Beziehung die schlechtesten entlohten Arbeiter sind, so daß dieselben höchstens nur noch von den Schirmarbeitern an Niedrigkeit der Löhne übertroffen werden können. Ebenso sei in Erwägung zu ziehen, daß die Arbeiter die nächste Zeit die eventuellen Auslagen für Platzmiete, Beleuchtung und Material zurückweisen. Dann sei aber die Lohnbewegung nicht noch von der Seite zu betrachten, daß die Reider und Abgießer, welche nicht in den Schlägereien arbeiten, wahrscheinlich ausgebeutet oder entlassen würden und ohne Organisation wahrscheinlich nicht einsehen würden, wohin sie eigentlich gehörten. Es könne also keine Rede von Unterführungen sein für diejenigen dieser Leute, welche dem Verband überhaupt nicht oder vielleicht nicht lauten genug angehörten. Es kämen auch die Interessen der selbständigen Reider und eventuelle der Ausmacher in Frage, und würde eventuell zu gegebener Zeit auch dieser Frage nähergetreten werden. In allen Dingen sei es jetzt notwendig, sämtliche Schlägereiarbeiter einem Ziele in der Organisation zu vereinen. Die Versammlung beschloß dann die Wahl einer Agitationskommission vor, welche Verbindung mit der Ortsverwaltung nimmere die weiteren Arbeiten zu erledigen hat. Unter Verschiedenem wurden die Punkte bei der Firma Kaufmann einer besonderen Kritik unterzogen, wo ein Meister sich mit dem Plan trage, die älteren Arbeiter durch jugendliche Arbeitskräfte unter Ausschluß eines Alters zu ersetzen und somit wiederum eine Preisunterbietung beabsichtigt werden. Freigen die Arbeiter tragen sollen. Die Versammlung beschloß den dort Beschäftigten, sich auf keinen Fall von dem Meister als Handlanger gebrauchen zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß es zu Differenzen käme.

Wald. (Sporenarbeiter.) Dieser hier in zwei Fabriken eingeführte Industriezweig ist von Iserlohn abgenommen worden. Die Arbeiter hat man dort angeworben und es an Versprechungen nicht fehlen lassen. Hier aber einmal in Tätigkeit, müssen die Arbeiter bei der Firma Wühlenschläger erfahren, daß sie in einer bestimmten Frist (Ganz dieses Herrn versichert haben, besonders, wenn sie nicht billig arbeiten. Dierhalb sind sowohl von uns als auch vom Gewerkschaftskollegen aufs Straßenpflaster geflogen, und Herr Wühlenschläger denkt das zu weiter durchzuführen. Trotzdem dieser Herr unter den bekanntesten Iserlohner Unternehmern seine Freunde und Bekannte hat und bei der dortigen Ausperrung indirekt beteiligt war, zog er denn Iserlohner Arbeiter während der Ausperrung nach hier, um dazu zu benutzen, die Preise herabzusetzen, die ohnehin niedriger die Iserlohner waren. Die Herrlichkeit dauerte aber kaum ein Verhörerperiode lang, da waren die Iserlohner Neueingetretenen wieder vorhanded. Nun ist augenblicklich wieder ein Kollege hinaus geflogen, und es ist zu erwarten, daß Herr Wühlenschläger in Wald wieder Arbeitskräfte sucht. Es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß er sich dazu eines Vermittlers bedient. Wir ersuchen also die Kollegen, auf der Hut zu sein, auch bitten wir die Iserlohner Sporenarbeiter um sofortige Mitteilung, wenn dort Inzertate oder Agenten auftauchen, um Leute nach hier zu kapern. Einwaige Mitteilungen trage man an M. Sandler, Solingen, Hohesgasse.

Hadelmader. Am 30. August hatte die hiesige Verwaltung eine öffentliche Hadelmaderversammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zu dem ausgedehnten Hadelmaderstreik bei der Firma Kart Duhn & Co. Kollege Hansen erstattete als Mitstreitender Bericht aus seinen Ausführungen ging hervor, daß der Streik unvermeidbar war. Die Arbeitszeit ist gegenüber anderen hiesigen Hadelmader-

